



4. Sitzung

Mittwoch, 7. Mai 2008

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsident Wolfhard Ploog und Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten	89	Schreiben des Ersten Bürgermeisters:	
Abwicklung, Änderung und Ergänzung der Tagesordnung	89	Vorläufige Geschäftsverteilung des Senats	92
Antrag der Fraktionen der CDU und der GAL:		Aktuelle Stunde	92
Wahl eines Ersten Bürgermeisters – Drs 19/183 –	89	Fraktion der GAL:	
Ergebnis	89	Demonstrationen am 1. Mai – Das Demonstrationsrecht sichern, gegen Gewalt zur Wehr setzen	
Antrag des Ersten Bürgermeisters:		mit	
Bestätigung der berufenen Zweiten Bürgermeisterin sowie der übrigen Senatorinnen und Senatoren – Drs 19/207 –	90	Fraktion DIE LINKE:	
Ergebnis	91	Konsequenzen aus dem Neonazi-Aufmarsch	
Vereidigung von Mitgliedern des Senats	91	und	
		Fraktion der CDU:	
		Krawalle zum 1. Mai – Keine Toleranz gegen Gewalt	
		Antje Möller GAL	93, 98, 107
		Dr. Manfred Jäger CDU	94

Dr. Andreas Dressel SPD	95, 107	Eingaben	
Christiane Schneider DIE LINKE	95	– Drs 19/139 –	119
Christoph Ahlhaus, Senator	97		
Karl-Heinz Warnholz CDU	98	Bericht des Eingabenausschusses:	
Wolfgang Rose SPD	99		
Kersten Artus DIE LINKE	100	Eingaben	
Christian Maaß GAL	101, 105	– Drs 19/140 –	119
Kai Voet van Vormizeele CDU	102, 108		
Dr. Martin Schäfer SPD	104	Bericht des Eingabenausschusses:	
Norbert Hackbusch DIE LINKE	104		
Viviane Spethmann CDU	106	Eingaben	
		– Drs 19/141 –	119
Fraktion der SPD:			
Schwarz-grüne Schulexperimente: Mehr soziale Spaltung – weniger Akzeptanz		Beschlüsse	119
(nicht behandelt wegen Zeitablaufs)			
		Dringlicher Senatsantrag:	
		Haushaltsplan 2007/2008	
		hier: Neuschaffung einer Stelle	
		B 10 im Einzelplan 1.1	
Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:		– Drs 19/236 –	120
		Dora Heyenn DIE LINKE	120
Wahl von vier ordentlichen Mitgliedern und acht stellvertretenden Mitgliedern für die Härtefallkommission			
– Drs 19/1 –	108	Beschlüsse	120
Ergebnis	108		
		Interfraktioneller Antrag:	
		Geschäftsordnung der Bürgerschaft	
Der Präsident des Rechnungshofs der Freien und Hansestadt Hamburg:		– Drs 19/214 –	121
		Beschluss	121
Bericht nach § 99 LHO zur Haushaltslage 2008 der Freien und Hansestadt Hamburg			
– Drs 19/13 –	109		
Dr. Peter Tschentscher SPD	109, 116, 118		
Jens Kerstan GAL	110, 119		
Rüdiger Kruse CDU	111		
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	112, 118		
Dr. Michael Freytag, Senator	114, 118		
Kenntnisnahme	119		
Gemeinsame Beratung			
Bericht des Eingabenausschusses:			
Eingaben			
– Drs 19/138 –	119		
Bericht des Eingabenausschusses:			

Beginn: 15.00 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen. Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, darf ich Ihnen mitteilen, dass während der heutigen Sitzung Filmaufnahmen für einen neuen Bürgerchaftsfilm gedreht werden. Das damit beauftragte Team wird sich im Laufe dieser Sitzung im Hause bewegen. Wenn es heute einige Abweichungen von der Normalität im Plenarsaal geben wird, lassen Sie sich dadurch bitte nicht irritieren.

Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrates haben die Fraktionen vereinbart, den Bericht des Eingabenausschusses, Drucksache 19/142, zu vertagen. Zudem sind die Fraktionen übereingekommen, die Tagesordnung um die Drucksache 19/236 zu ergänzen, einen Dringlichen Senatsantrag zum Haushaltsplan 2007/2008. Die Drucksache haben Sie inzwischen erhalten. Sie wurde als Tagesordnungspunkt 12 b nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 23 auf, Antrag der Fraktionen der CDU und der GAL: Wahl eines Ersten Bürgermeisters. Vorgeschlagen ist Herr Ole von Beust.

**[Antrag der Fraktionen der CDU und der GAL:
Wahl eines Ersten Bürgermeisters
– Drs 19/183 –]**

Weil das Senatsgesetz in seinem Paragraphen 2 eine geheime Wahl vorschreibt, findet die Wahl in Wahlkabinen statt. Wir verfahren so, dass Frau Thomas und Herr Hakverdi abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen werden. Ich bitte Sie dann, zur Kanzleibank zu gehen und dort den Stimmzettel entgegenzunehmen. Mit dem Zettel gehen Sie bitte in eine der beiden Kabinen und nehmen dort Ihre Wahlentscheidung vor. Der Stimmzettel enthält Felder für Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung. Ich bitte, den Stimmzettel jeweils nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitgliedes nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Zettel sind ungültig. Nach der Wahlhandlung begeben Sie sich bitte zu Herrn Hakverdi, bei dem die Wahlurne steht. Stecken Sie dann bitte Ihren Stimmzettel dort in die Urne.

Damit habe ich Ihnen das Prozedere vorgestellt. Ich bitte nun Herrn Hakverdi, mit dem Namensruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf und die Wahlhandlung werden vorgenommen.)

Ist ein Mitglied des Hauses nicht aufgerufen worden? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest,

dass alle Abgeordneten aufgerufen worden sind. Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Ich erkläre die Wahlhandlung für geschlossen und bitte nunmehr, die Stimmauszählung vorzunehmen. Für die Dauer der Auszählung ist die Sitzung unterbrochen.

Unterbrechung: 15.14 Uhr**Wiederbeginn: 15.27 Uhr**

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Es sind 121 Stimmzettel abgegeben worden, alle gültig. Von den gültigen Stimmzetteln waren Ja-Stimmen 69.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich fahre in der Verkündung des Wahlergebnisses fort: Ja-Stimmen 69, Nein-Stimmen 52, keine Enthaltung.

Nach Artikel 34 Absatz 1 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg ist für die Wahl des Ersten Bürgermeisters die Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl der Bürgerschaft erforderlich, also mindestens 61 Stimmen. Herr von Beust hat 69 Stimmen erhalten und ist damit zum Ersten Bürgermeister gewählt worden. Herr von Beust, herzlichen Glückwunsch zu dieser Wahl.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich bitte Sie nunmehr, vor die Präsidiumsbank in unsere Mitte zu kommen.

Herr von Beust, ich habe Sie zunächst zu fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

Ole von Beust: Ich nehme die Wahl an, Herr Präsident.

Präsident Berndt Röder: Dann kommen wir zur Vereidigung.

(Die Anwesenden erheben sich.)

Nach Artikel 38 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg haben die Mitglieder des Senats vor Antritt ihres Amtes vor der Bürgerschaft einen Eid zu leisten. Ich lese den Wortlaut des Eides vor:

"Ich schwöre, dass ich Deutschland, dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der hamburgischen Verfassung die Treue halten, die Gesetze beachten, die mir als Mitglied des Senats obliegenden Pflichten gewissenhaft erfüllen und das Wohl der Freien und Hansestadt Hamburg, soviel ich vermag, fördern will."

(Präsident Berndt Röder)

Ich bitte Sie, bei erhobener rechter Hand die Beateuerungsformel "Ich schwöre es" oder "Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe" nachzusprechen.

Ole von Beust: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Berndt Röder: Herr Bürgermeister, Sie haben damit den erforderlichen Eid vor der Bürgerschaft geleistet.

Im Namen des ganzen Hauses wünsche ich eine glückliche Hand bei der Amtsführung und viel Erfolg im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Meine Damen und Herren! Vereinbarungsgemäß wird die Sitzung der Bürgerschaft jetzt unterbrochen. Ich werde auf den Wiederbeginn durch ein akustisches Zeichen aufmerksam machen.

Unterbrechung: 15.32 Uhr

Wiederbeginn: 15.53 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Gemäß Artikel 37 Absatz 1 Satz 2 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg führt der Senat bei Beendigung der Amtszeit des Ersten Bürgermeisters die Geschäfte bis zur Wahl eines neuen Ersten Bürgermeisters weiter. Die Wahl des neuen Ersten Bürgermeisters ist erfolgt und die Amtszeit des Senats damit beendet.

Mir ist soeben ein Schreiben des Ersten Bürgermeisters zugegangen. Dieser teilt darin mit, dass er gemäß Artikel 37 Absatz 1 Satz 2 der hamburgischen Verfassung Frau Senatorin Professor Dr. Karin von Welck, Herrn Senator Dr. Michael Freitag und Herrn Senator Axel Gedaschko ersucht habe, bis zu ihrer erneuten Berufung und Bestätigung als Mitglieder des Senats die Geschäfte weiterzuführen.

Aus dem Senat ausgeschieden sind Herr Jörg Dräger, Herr Udo Nagel und Herr Gunnar Uldall. Ihnen allen spreche ich im Namen des ganzen Hauses für Ihr Wirken für die Freie und Hansestadt Hamburg unseren herzlichen Dank aus.

(Beifall im ganzen Hause)

Ausgeschieden aus dem Senat ist auch Herr Carsten-Ludwig Lüdemann. Mit Schreiben vom heutigen Tage hat er mir mitgeteilt, dass er das während seiner Amtszeit ruhende Bürgerschaftsmandat mit sofortiger Wirkung niederlegen werde. Herr Lüdemann gehörte unserem Hause vom Oktober 1997 bis zum März 2004 an. Danach wechselte er in den Senat, zunächst als Staatsrat, dann als Senator. Auch ihm sprechen wir unseren herzlichen Dank aus.

(Beifall im ganzen Hause)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Des Weiteren teile ich Ihnen mit, dass Frau Alexandra Dinges-Dierig und Frau Birgit Schnieber-Jastram die während ihrer Amtszeit als Senatorinnen ruhenden Bürgerschaftsmandate nunmehr ausüben.

Sehr geehrte Frau Schnieber-Jastram! Sie waren bereits von 1986 bis 1994 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft. Ich freue mich, Sie wieder begrüßen zu dürfen.

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte Frau Dinges-Dierig! Auch Ihnen ein herzliches Willkommen in unserer Mitte.

(Beifall bei der CDU, bei *Christian Maaß GAL*, *Dr. Dorothee Stapelfeldt* und *Michael Neumann*, beide SPD)

Durch die Aufnahme dieser Mandate scheiden zwei Mitglieder aus der Bürgerschaft aus. Bereits nach nur drei bürgerschaftlichen Sitzungen müssen wir uns von Herrn Thomas Felskowsky verabschieden.

(Beifall bei der CDU und der LINKEN)

Ebenfalls verabschieden müssen wir uns von Herrn Egbert von Frankenberg, der der Bürgerschaft seit März 2004 angehörte und sich insbesondere in der Schul- und Sozialpolitik engagiert hat. Auch Ihnen gilt unser herzlicher Dank.

(Beifall bei der CDU, der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Ich rufe sodann den Tagesordnungspunkt 12a auf, Antrag des Ersten Bürgermeisters: Bestätigung der vom Ersten Bürgermeister berufenen Zweiten Bürgermeisterin sowie der übrigen Senatorinnen und Senatoren.

**[Antrag des Ersten Bürgermeisters:
Bestätigung der berufenen Zweiten Bürgermeisterin sowie der übrigen Senatorinnen und Senatoren
– Drs 19/207 –]**

Hierzu ist mir ein Schreiben des Ersten Bürgermeisters zugegangen, dessen Inhalt in Form der Drucksache 19/207 gerade verteilt wird. Es enthält die Namen der berufenen Senatorinnen und Senatoren.

Nach Paragraph 4 des Senatsgesetzes entscheidet die Bürgerschaft über die vom Ersten Bürgermeister beantragte Bestätigung der Senatorinnen und Senatoren ohne Aussprache in geheimer Abstimmung. Auch diese Abstimmung findet wieder in Wahlkabinen statt.

Wir verfahren wiederum so, dass Frau Thomas und Herr Hakverdi abwechselnd die Mitglieder der

(Präsident Berndt Röder)

Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen werden. Ich bitte Sie, dann zur Kanzleibank zu gehen, den Stimmzettel dort entgegenzunehmen. Auf dem Stimmzettel sind alle Namen der vom Ersten Bürgermeister Berufenen aufgeführt.

Artikel 34 Absatz 2 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg schreibt eine gemeinsame Bestätigung durch die Bürgerschaft vor. Insofern enthält der Stimmzettel auch nur eine Zeile mit je einem Feld für Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung.

Ich bitte Sie, den Stimmzettel nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitgliedes nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Zettel sind ungültig. Nach der Wahlhandlung geben Sie Ihren Stimmzettel bitte wieder bei Herrn Hakverdi ab und stecken ihn dort selbst in die Wahlurne.

Ich darf jetzt wiederum bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen. Herr Hakverdi hat das Wort.

(Der Namensaufruf und die Wahlhandlung werden vorgenommen.)

Meine Damen und Herren! Ist ein Mitglied des Hauses nicht aufgerufen worden? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann stelle ich fest, dass alle aufgerufen worden sind. Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Ich erkläre die Wahlhandlung für geschlossen und bitte nunmehr, die Stimmenauszählung vorzunehmen. Für die Dauer der Stimmenauszählung ist die Sitzung unterbrochen.

Unterbrechung: 16.09 Uhr

Wiederbeginn: 16.17 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt.

Es sind 121 Stimmzettel abgegeben worden. Davon waren alle gültig. Von den gültigen Stimmen waren 67 Ja-Stimmen, 54 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Für die Bestätigung ist die einfache Stimmenmehrheit erforderlich; diese ist erreicht.

Ich bitte jetzt die Damen und Herren Senatorinnen und Senatoren, vor die Präsidiumsbank in unsere Mitte zu kommen.

Ich komme sodann zur Vereidigung.

(Die Anwesenden erheben sich.)

Nach Artikel 38 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg haben die Mitglieder des Senats vor Antritt ihres Amtes vor der Bürgerschaft

einen Eid zu leisten. Ich lese Ihnen den Wortlaut des Eides vor.

"Ich schwöre, dass ich Deutschland, dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der hamburgischen Verfassung die Treue halten, die Gesetze beachten, die mir als Mitglied des Senats obliegenden Pflichten gewissenhaft erfüllen und das Wohl der Freien und Hansestadt Hamburg, soviel ich vermag, fördern will."

Ich bitte Sie, bei erhobener rechter Hand die Beteuerungsformel "Ich schwöre es" oder "Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe" einzeln nachzusprechen.

Herr Christoph Ahlhaus.

Christoph Ahlhaus: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Berndt Röder: Herr Dr. Michael Freytag.

Dr. Michael Freytag: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Berndt Röder: Herr Axel Gedaschko.

Axel Gedaschko: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Berndt Röder: Frau Christa Goetsch.

Christa Goetsch: Ich schwöre es.

Präsident Berndt Röder: Frau Dr. Herlind Gundelach.

Dr. Herlind Gundelach: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Berndt Röder: Frau Anja Hajduk.

Anja Hajduk: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Berndt Röder: Herr Dr. Till Steffen.

Dr. Till Steffen: Ich schwöre es.

Präsident Berndt Röder: Frau Professor Dr. Karin von Welck.

Dr. Karin von Welck: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Berndt Röder: Herr Dietrich Wersich.

Dietrich Wersich: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Berndt Röder: Sie haben damit den erforderlichen Eid vor der Bürgerschaft geleistet. Im Namen der Bürgerschaft wünsche ich Ihnen eine glückliche Hand in der Amtsführung und viel Erfolg im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger dieser wunderschönen Stadt.

(Beifall bei der CDU, der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Der Senat wird nun zur Regelung seiner Geschäftsverteilung zusammentreten. Vereinbarungsgemäß wird die Sitzung der Bürgerschaft solange unterbrochen. Ich werde auf den Wiederbeginn der Sitzung aufmerksam machen, bleiben Sie bitte in der Nähe. Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 16.27 Uhr

Wiederbeginn: 16.38 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Die Bürgerchaftsmandate der in den Senat berufenen bisherigen Mitglieder dieses Hauses von Frau Christa Goetsch und Herrn Dr. Till Steffen ruhen während der Amtszeit als Senatorin beziehungsweise Senator.

Nach Mitteilung des Landeswahlleiters üben die auf den Wahlkreislisten der GAL nachfolgenden Bewerberinnen nunmehr ihre Mandate aus. Ich begrüße herzlich Frau Linda Heitmann und Frau Jenny Weggen in unserer Mitte.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Damit, meine Damen und Herren, bin ich – zumindest für heute – am Ende der Begrüßungen und Verabschiedungen angekommen.

Mir ist soeben ein Schreiben des Ersten Bürgermeisters zugegangen. Ich teile Ihnen den Wortlaut mit:

"Sehr geehrter Herr Präsident, hiermit teile ich Ihnen mit, dass der neue Senat in seiner ersten Sitzung die anliegende vorläufige Geschäftsverteilung des Senats beschlossen hat, die von der bisherigen Verwaltungsgliederung ausging. Der Senat beabsichtigt, eine Behörde für Kultur, Sport und Medien neu zu bilden, in der die bisherige Kulturbehörde sowie das Sportamt aus der Behörde für Bildung und Sport sowie das Amt für Medientourismus und Marketing aus der Behörde für Wirtschaft und Arbeit zusammengeführt werden.

Ferner ist beabsichtigt, die Behörde für Bildung und Sport in 'Behörde für Schule und Berufsbildung' umzubenennen. Der Senat wird der Bürgerschaft einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über Verwaltungsbehörden zuleiten.

Ich teile Ihnen sodann die vorläufige Geschäftsverteilung des Senats mit:

I. Senatsämter

Senatskanzlei
Erster Bürgermeister Ole von Beust

Personalamt
Erster Bürgermeister Ole von Beust

II. Fachbehörden

Justizbehörde
Senator Dr. Till Steffen

Behörde für Bildung und Sport
Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch

Behörde für Wissenschaft und Forschung
Senatorin Dr. Herlind Gundelach

Kulturbehörde
Senatorin Professor Dr. Karin von Welck

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Senator Dietrich Wersich

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Senatorin Anja Hajduk

Behörde für Wirtschaft und Arbeit
Senator Axel Gedaschko

Behörde für Inneres
Senator Christoph Ahlhaus

Finanzbehörde
Senator Dr. Michael Freytag"

Meine Damen und Herren, damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Wir kommen nunmehr zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind vier Themen angemeldet worden, und zwar von der GAL-Fraktion

Demonstration am 1. Mai: Das Demonstrationsrecht sichern, gegen Gewalt zur Wehr setzen!

von der Fraktion DIE LINKE

Konsequenzen aus dem Neonazi-Aufmarsch ziehen!

von der CDU-Fraktion

(Präsident Berndt Röder)

Krawalle zum 1. Mai – Keine Toleranz gegen Gewalt

und von der SPD-Fraktion

Schwarz-grüne Schulexperimente: Mehr soziale Spaltung – weniger Akzeptanz

Die Fraktionen sind übereingekommen, die ersten drei Themen gemeinsam zu debattieren. Ich rufe daher alle drei Themen gemeinsam auf. Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Die Abgeordnete Möller hat es.

Antje Möller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch wenn es etwas zu feiern gibt, landet man schnell in der Realität und damit fangen wir jetzt an. Wir haben inzwischen mit etwas Abstand Ereignisse hinter uns, die wir in dieser Stadt noch nicht gewohnt waren. Aber mit etwas Abstand betrachtet, verändern Ereignisse manchmal ihre Intensität. Auf diesen 1. Mai bezogen, bleiben aber die Bilder der eigentlich bunten, großen Demonstration gegen den rechten Aufmarsch und dann die gewalttätigen Übergriffe – Rauchwolken, Sachbeschädigungen – unvereinbar nebeneinander stehen. Menschen sind in Angst und Schrecken versetzt und sogar verletzt worden, alles in bisher für Hamburg unbekanntem Ausmaß. Daran dürfen wir uns nicht gewöhnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der GAL, der CDU, vereinzelt bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Dass zehntausend oder mehr Menschen auf der Straße waren und zig Medienberichterstatterinnen und -berichterstatter vor Ort, führt natürlich zu einer riesigen Zahl von Augenzeugenberichten, von Hörensagen-Berichten, von Auswertungen bundesweit, aus denen sich Abläufe und Vorfälle nur schwer objektivieren lassen. Auch hier ermöglicht deshalb der Blick mit etwas Abstand auf die Abläufe am 1. Mai sachlich und politisch – und das soll im Übrigen ganz deutlich kein Widerspruch sein – die Analyse und Auseinandersetzung über den gesamten Verlauf, die Einschätzung der Lage, die Demonstration an sich, die richterlichen Entscheidungen, die Übergriffe, die Brandstiftungen und so weiter. Die SPD hatte sich öffentlich dazu geäußert – hatte sich gewünscht, hätte ich beinahe gesagt –,

(*Dr. Michael Naumann SPD:* Das war eine Frechheit, diese Bemerkung!)

aber ich glaube nicht, dass Sie sich wünschen, dass wir uns mit so etwas beschäftigen müssen. Der erste Innenausschuss, wenn wir ihn denn eingesetzt haben, wird sich damit beschäftigen. Aber obwohl es ein breites Bündnis gegen Rechts gab, gibt es natürlich auch jetzt schon eine politische Bewertung von vielerlei Seiten, die sehr vielfältig ist, fast so vielfältig wie die Augenzeugenberichte,

die ich eben genannt habe, und genau das finde ich an dieser Stelle schwierig. Wir haben eine neue Qualität von Gewalt, Brutalität und Hass erleben müssen, die in den westlichen Teilen Deutschlands bisher unbekannt war. Gleichzeitig haben wir auch eine neue Qualität in der politischen Debatte. In der letzten Woche konnten wir massive Attacken gegen Gerichtsurteile verfolgen. Da stellt sich für mich die große Frage, wie wir eigentlich zwischen den Gewalten miteinander umgehen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und bei *Jens Kerstan GAL*)

Da muss man natürlich auch etwas zur SPD sagen. Sie selbst haben sich in Ihren Attacken zunächst gegen das Gerichtsurteil und dann aber doch gegen den damals noch im Amt währenden Senator Nagel die Waage gehalten. Aber ich halte es insgesamt für den falschen Weg. Ich glaube, dass wir Zeit, Ruhe und vor allem Details für die politische Auseinandersetzung und Auswertung zu diesen Vorkommnissen am 1. Mai brauchen.

Aus unserer Sicht sind es drei Probleme, mit denen wir uns politisch auseinandersetzen müssen. Das eine Problem ist, wie man Strategien und Maßnahmen gegen diese neue rechte Gewalt entwickelt.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Nach der Wortergreifungsstrategie scheint nun die Übernahme der Straße geplant. Wenn Sie sich das antun wollen und die Kommentare im Internet, die Flugblätter und Pressemitteilungen, die es aus der rechten Szene nach dem 1. Mai gegeben hat, lesen – ich trage das hier nicht vor, es lohnt sich vielleicht, das zu lesen –, dann sehen diese Aktivisten ihr Ziel erreicht, sie wollten Barmbek übernehmen. Aus ihrer Sicht haben sie das getan. So etwas darf ein zweites Mal in dieser Stadt nicht passieren.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Die Sprache, in der diese Aufrufe abgefasst werden, hat meiner Meinung nach teilweise strafrechtliche Relevanz. Hass und Hämie kann man da aus jedem Absatz lesen. Strategien und Maßnahmen gegen rechte Gewalt ist unsere politische Aufgabe. Die neue Koalition hat sich das in ihren Koalitionsvertrag geschrieben, aber wir brauchen das breite Bündnis dafür. Das möchte ich ganz deutlich sagen. Das ist auf der Straße gegen Rechts hilfreich, über alle politischen Streitigkeiten hinweg, und das brauchen wir auch in diesem Parlament.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Der zweite Punkt, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen, ist die Tatsache, dass Gewalt ...

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Möller, Sie kennen die Bedeutung des roten Lichts.

Antje Möller (fortfahrend): – Ja. Deswegen bringe ich einen Satz noch zu Ende. Der zweite Punkt ist das Thema, was Gewalt mit der Motivation der Menschen macht, die auf die Straße gehen?

(Glocke)

– Damit belasse ich es erst einmal. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Jäger.

Dr. Manfred Jäger CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu Beginn möchte ich im Namen der CDU-Fraktion allen Polizistinnen und Polizisten danken, die am 1. Mai Dienst getan haben und durch ihren Einsatz verhindert haben, dass dort noch Schlimmeres passiert ist.

(Beifall bei der CDU, der GAL, vereinzelt bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Es ist leider nicht zu bestreiten, dass es am 1. Mai zu Ausschreitungen und Gewaltexzessen gekommen ist, die zu den schlimmsten gehörten, die wir seit Jahren in Hamburg erleben mussten. Politik und Polizeiführung werden diese Ereignisse sehr genau analysieren müssen, um Wege zu finden, wie derartige Ereignisse in Zukunft verhindert werden können. Bei allen möglichen Konsequenzen aber bleibt es bei einem Grundsatz: Es gibt keine Toleranz gegenüber Gewalt und Gewalttätern.

(Beifall bei der CDU, der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Die gab es in der Vergangenheit in Hamburg nicht und die wird es auch in Zukunft nicht geben.

(*Michael Neumann SPD*: 44 Jahre lang!)

– Herr Neumann, an Ihren Zwischenrufen erkennt man, dass nicht überall, wo Kompetenzteam draufsteht, auch Kompetenz drin ist.

(Beifall bei der CDU – *Klaus-Peter Hesse CDU*: Inkompetenzteam! – Gegenruf von *Michael Neumann SPD*: Sie sind noch immer drin und noch immer kein Staatsrat! – *Ingo Egloff SPD*: Da haben Sie lange gebraucht, um diesen Satz anzubringen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Demonstrationsrecht gehört neben der Meinungsäußerung zu den Grundrechten, die den Kern gelebter Demokratie ausmachen. Aber bei jeder Großdemonstration, insbesondere wenn auch GegenDemonstrationen angekündigt sind, befinden wir uns in einem Spannungsfeld. Das Recht auf friedli-

che Demonstrationen muss durchgesetzt und geschützt werden. Gleichzeitig aber muss alles getan werden, um Gewalt und Ausschreitungen zu verhindern. Vor diesem Hintergrund stellt sich dann natürlich die Frage, ob und inwieweit man es zulässt, dass sich einzelne Demonstrationzüge begegnen oder gleiche Routen benutzen dürfen. Die Polizei ist in ihrer Gefahrenprognose zu dem Ergebnis gekommen, dass es nicht zu vertreten war, die beiden Demonstrationzüge auf der gleichen Streckenführung zuzulassen. Hierin ist der Polizei das Verwaltungsgericht gefolgt. Das Oberverwaltungsgericht hat die Gefahrenlage anders beurteilt und, wenn auch eine zeitversetzte, zumindest teilweise gleiche Streckenführung erlaubt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will keine Gerichtsschelte betreiben. Die Gewaltenteilung zwischen Parlamenten, Verwaltung und Gerichten ist eine der tragenden Säulen unseres Staates. Auch die Unabhängigkeit der Gerichte gehört zu diesen tragenden Säulen. Aber es muss die Feststellung erlaubt sein, dass im Nachhinein die Gefahrenprognose der Polizei richtig und die des Oberverwaltungsgerichts falsch war.

(Beifall bei der CDU)

Richterinnen und Richter sind nicht sakrosankt. Sie treffen ihre Entscheidungen im Namen des Volkes. Sie müssen es sich dann auch gefallen lassen, dass diese Entscheidungen in der Öffentlichkeit diskutiert und kommentiert werden. Die Politik wird nun die Ereignisse aufarbeiten müssen und erst nach einer gründlichen Analyse werden wir genau wissen, welche konkreten Konsequenzen wir ziehen müssen. Aber lassen Sie mich eines zum Schluss sagen: Die schwarz-grüne Koalition wird sich dabei von zwei Maximen leiten lassen: Das Demonstrationsrecht ist im Rahmen, den Gesetze und Rechtsprechung vorgeben, soweit wie möglich zu schützen. Gleichzeitig werden wir alles dafür tun, uns gegen Gewalt und Gewalttäter zur Wehr zu setzen. Das ist übrigens auch im Sinne der friedlichen Demonstranten, denn es kann nicht angehen, dass jemand aus Angst vor Ausschreitungen einer Demonstration fernbleibt.

(Beifall bei der CDU, der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Deshalb sind alle Befürchtungen, Hamburg werde unter einer schwarz-grünen Regierung zum Dorado für reisende Politchaoten aus ganz Deutschland abwegig.

(*Andy Grote SPD*: Das haben Sie gesagt!)

Wir werden unseren konsequenten Weg bei der Bekämpfung der Gewalt fortsetzen.

(Beifall bei der CDU, der GAL und bei *Dr. Andreas Dressel SPD*)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Nazi-aufmarsch in Barmbek am Tag der Arbeit war eine Kampfansage an alle demokratisch gesinnten Bürger dieser Stadt und insbesondere auch an die Gewerkschaften.

(Beifall bei der SPD, der GAL, der LINKEN und vereinzelt bei der CDU)

Leider ist dieser Kampfansage auch ein beispielloser Straßenkampf gefolgt. Das, wofür der 1. Mai stand, ist buchstäblich mit Füßen getreten worden. Die vielen richtigen und wichtigen Anliegen sind im Rauch der brennenden Barrikaden fast untergegangen.

Leider hat es massive Gewalt gegeben. Es ist nicht gelungen zu verhindern, dass rechte Schläger und linke Chaoten Gewalt ausüben. Daraus müssen Konsequenzen gezogen werden. Allen muss klar sein, dass linke Gewalt keine Antwort auf die Bedrohung von rechts ist. Gewalt ist von keiner Seite zu akzeptieren.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der GAL)

Wir müssen den Kampf gegen Neonazis noch entschiedener führen: Gewaltfrei, friedlich und mit rechtsstaatlichen Mitteln. NPD-Verbot, Verbote gegen rechtsextremistische Organisationen, Austrocknen der finanziellen Basis, gesamtgesellschaftliche Aktivitäten und Initiativen sind die Stichworte. Die Ereignisse vom 1. Mai und auch dieses Erstarken der sogenannten Autonomen Nationalisten müssen für uns alle Mahnung sein, den Kampf gegen Rechts zu verstärken.

Aber es muss auch an anderer Stelle nachgearbeitet werden. Das Oberverwaltungsgericht hat die polizeilich verfügte Demonstrationsroute nicht akzeptiert. Wer sagt, das OVG hätte nur bei der Route anders urteilen müssen und alles wäre glatt gelaufen, macht es sich zu einfach. Das sage ich auch an die Adresse des ehemaligen Innensensors. Keine Frage: Die Annahmen des OVG haben sich im Ergebnis als falsch herausgestellt, aber die Gerichte urteilen nicht im luftleeren Raum. Wenn das Gericht von erheblichen Verzögerungen und von unzureichenden Gefahreinschätzungen spricht, dann ist wohl auch seitens der Innenbehörde in der Vorbereitung nicht alles glatt gelaufen. Deshalb hätten Sie sich mit einseitiger Justizschelte zurückhalten müssen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Und es stellen sich weitere Fragen. Wieso wurde dieser Gesamtansatz mit so wenig Polizisten gefahren? Hat die Innenbehörde tatsächlich alle Hebel in Bewegung gesetzt, damit mehr Kräfte

– auch aus anderen Ländern – ausgeliehen werden?

(*Viviane Spethmann CDU:* Ja, hat sie!)

Gab es einen Plan B beim Kräfteeinsatz, wenn das OVG – wie es dann auch geschehen ist – der Polizei nicht folgt? Wenn es stimmt, was ein Polizeibeamter durch die Blume in der "Bild"-Zeitung behauptet hat, dass aus Kostengründen gar nicht mehr Kräfte geordert worden seien, dann wäre das ein Skandal.

(Beifall bei der SPD – *Viviane Spethmann CDU:* Glauben Sie doch nicht alles, was in der Zeitung steht!)

Was mussten die Barmbeker an diesem Tag erleben? Ihr Stadtteil war über Stunden ein rechtsfreier Raum. Angst und Schrecken haben sich breitgemacht. Die zu wenigen Polizisten konnten nur die schlimmsten Straftaten verhindern oder verfolgen, Feuerwehrleute konnten Brände nicht löschen. Brandstiftungen, Zerstörungen und so weiter sind passiert, ohne dass die staatliche Seite eingeschritten ist. Den Einsatzkräften, die Schlimmeres verhindert haben – da stimme ich Herrn Jäger zu –, und denen wir auch zu Dank verpflichtet sind, ist kein Vorwurf zu machen, aber es muss doch die Frage auch in Richtung der Innenbehörde gestellt werden, ob hier in der Vorbereitung Fehler gemacht worden sind. Das müssen wir im Innenausschuss lückenlos und rückhaltlos aufarbeiten. Das erwarten die Menschen in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Es geht darum, Lehren aus diesem Einsatz zu ziehen, damit sich solche Gewalteskalationen nicht wiederholen. Schwarze und Grüne haben bei diesem Thema – das können Sie noch so sehr mit Koalitionsvertragsprosa zukleistern, das haben auch viele Äußerungen der letzten Tage gezeigt – keinen gemeinsamen Kompass. Das könnte manche verleiten, diese neue Lage einmal auszutesten und die einschlägigen Internetforen verheißern nichts Gutes.

Die richtigen Leitplanken für die Durchführung von Demonstrationen sind Recht und Gesetz, die Vorgaben des Grundgesetzes und des Bundesverfassungsgerichts und die fachlichen Einsatzmaßstäbe der Polizei und deren Erkenntnisse. Politische Vorabbeeinflussnahmen und ein politischer Koalitionsvertrag ist es nicht. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei *Kersten Artus DIE LINKE*)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Viele tausend Men-

(Christiane Schneider)

schen haben am 1. Mai gegen den Neonazi-Aufmarsch demonstriert. Die Demonstration war bunt und vielfältig. Ich habe auch viele Abgeordnete gesehen. Selten haben sich so viele Anwohner beteiligt wie dieses Jahr in Barmbek. Es gab eine große Entschlossenheit, den Neonazis entgegenzutreten, und zwar politisch. Von dieser Demonstration ging keine Gewalt aus. Gleichwohl gab es im Umfeld und danach gewalttätige Aktionen, die ich keinesfalls schönreden will. Ich betone die Aufgabe von uns als LINKER, wie überhaupt von allen demokratischen und antifaschistischen Kräften, den Widerstand gegen den Neonazismus in politischen Bahnen zu halten.

Was nun den Neonaziaufmarsch angeht, möchte ich auf drei Punkte eingehen.

Das erste große Problem bestand darin, dass der Innenbehörde und Polizei im Zusammenhang mit dieser Demonstration eine verhängnisvolle Fehlentscheidung unterlaufen ist. Herr Jantosch hat diese Fehlentscheidungen sowohl im Hinblick auf die Zahl der Neonazis als auch im Hinblick auf ihre Gewaltbereitschaft auf der Pressekonferenz zugegeben. Diese Fehleinschätzung war so schwerwiegend, dass man sie nicht auf sich beruhen lassen kann. Um nur die schlimmsten Ereignisse kurz in Erinnerung zu rufen: Rund 100 Neonazis haben den Regionalexpress von Kiel nach Hamburg besetzt, den Lautsprecher gekapert und Migrantinnen und Migranten mit der Ansage bedroht, die Bahn würde zukünftig Deutsche und Ausländer in getrennten Waggons transportieren und für Ausländer Güterwaggons bereitstellen. Wir alle wissen, was die Rede von Güterwaggons meint.

In der Nähe des Aufstellungsortes haben bis zu 400 Neonazis wie auf Kommando eine Gruppe von Antifaschisten angegriffen. Herr Born von der Einsatzleitung sprach von nackter Gewalt, die von der Rechten ausgegangen sei und zu Toten geführt hätte, wenn sich die Polizei nicht dazwischengeworfen hätte.

(Viviane Spethmann CDU: Da könnten Sie mal Danke sagen!)

– Danke.

Es gab mehrere gewalttätige Angriffe auf Journalisten. So zum Beispiel auf ein Journalistenteam von Panorama. Es gab auch einen gezielten Angriff – wie man im Internet nachlesen kann – auf einen Journalisten, der den Nazis namentlich bekannt war und ganz gezielt angegriffen wurde. Spätestens zu diesem Zeitpunkt, also noch vor dem Abmarsch, hätte die Polizei diese Versammlung, die das Gegenteil von friedlich war, auflösen müssen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Damit komme ich zum zweiten Problem. Die politischen Verantwortlichen haben, als diese Fehleinschätzung unübersehbar war, nicht die notwendigen Konsequenzen gezogen. Warum haben sie die Versammlung nicht aufgelöst? Warum haben sie entschieden, den Neonaziaufmarsch mit Wasserwerfern und Räumpanzern den Weg zu bahnen, obwohl die Straßen voll von Gegendemonstranten und fassungslosen Anwohnern waren, die überwiegend friedlich demonstrierten? Warum haben sie so entschieden, obwohl doch völlig klar war, dass dieses nur unter unverhältnismäßig hohem Einsatz von polizeilicher Gewalt gehen würde in einer Situation, in der die Polizei die Nazis nicht unter Kontrolle hatte?

Es gab nach Angaben der Polizei eine Situation des polizeilichen Notstandes. Da wäre es dringend geboten gewesen, die Naziansammlung aufzulösen und ihre Teilnehmer auf dem schnellsten Weg abzutransportieren.

Ein dritter Punkt. Die Naziparolen und ihre Transparente enthielten mehr oder weniger offene Drohungen. Es gab Hasstiraden gegen Migrantinnen und Migranten. In der Auftaktrede wurde – ich zitiere – die „weiße Rasse“ beschworen, deren

"Herrschaft über Europa wieder hergestellt werden müsse."

Es gab Parolen wie "Nie wieder Israel". Es gab ein Transparent, das eine deutsche Intifada beschwor und ein anderes, das zum Krieg gegen ein "Scheißsystem" aufrief. Soll sich solcher Hass, der zu Gewalt anstachelt und die Menschenwürde Dritter verletzt, wirklich ungehindert ausbreiten dürfen? Gebietet es nicht die gesellschaftliche Solidarität, Drohungen, die das friedliche Zusammenleben zerstören, zu unterbinden? Fehlt den Verantwortlichen wirklich jegliche Sensibilität für die Angst, die Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten, jüdische Bürgerinnen und Bürger empfinden müssen, wenn ein solcher hass- und gewaltverbreitender Marsch ausgerechnet auch noch durch den Arbeiter- und Migrantenstadtteil Barmbek geführt wird?

Der gesamte Neonaziaufmarsch war durch provokatives und aggressives Verhalten gekennzeichnet. Von ihm ging ein Klima der Einschüchterung, der Gewaltdemonstration und der Gewaltbereitschaft aus. Er hat die öffentliche Sicherheit verletzt. Die Konsequenz aus diesen Erfahrungen muss nach unserer Auffassung sein – hier befinden wir uns durchaus in Übereinstimmung mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts –, Neonaziaufmärsche, die zu Hass und Gewalt aufstacheln, zukünftig zu verbieten. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und Dr. Mathias Petersen SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Ahlhaus.

Senator Christoph Ahlhaus: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Senator Udo Nagel ist vorhin persönlich angesprochen worden. Deswegen erlauben Sie mir vorweg auch eine persönliche Bemerkung.

Hamburg hat, auch mit Blick auf den 1. Mai und den 30. April der vergangenen Woche, diesem Senator Udo Nagel viel zu verdanken. Wenn Sie schon, was unfair ist, jemanden angreifen, der sich hier nicht mehr wehren kann, dann sollten Sie dieses zur Kenntnis nehmen und wir tun gut daran, dies auch von dieser Stelle aus zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Am 30. April und 1. Mai hat es Ausschreitungen in Barmbek und Krawalle im Schanzenviertel gegeben, die nicht akzeptabel sind und da gibt es auch nichts zu beschönigen. Die Diskussion, die wir jetzt darüber führen, ist notwendig. Dabei muss es allerdings auch erlaubt sein, die Mitverantwortlichkeit aller zur Diskussion zu stellen. Die Unabhängigkeit der Justiz, die wir alle zu Recht hochhalten, darf nicht zum Maulkorb für andere werden. Auf der anderen Seite – da gebe ich Ihnen völlig Recht, Frau Möller – helfen uns auch Schwarze-Peter-Spiele nicht weiter. Deshalb zunächst noch einmal zu den Fakten.

Der Polizei ist es weitestgehend gelungen, die rechtsextremistischen Versammlungsteilnehmer und die gegen sie gerichteten Gewalttäter – die gab es auch, Frau Schneider – auseinanderzuhalten und ein Aufeinanderprallen beider Lager zu verhindern. Damit hat die Polizei noch schlimmere Gewaltexzesse abgewehrt. Angesichts des enormen Gewaltpotenzials, das sichtbar wurde und das auch die Polizisten vor Ort zu spüren bekamen, ist das eine gewaltige Leistung. Die Polizei hat alle Kräfte aufgeboten, Herr Dr. Dressel,

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Das waren aber zu wenig, Herr Ahlhaus!)

die ihr auch aus anderen Bundesländern zusätzlich zur Verfügung standen. Wir machen keine Kostenbetrachtung, wenn es um die Sicherheit dieser Stadt geht, sondern wir haben alle Kräfte aus anderen Bundesländern angefordert, die wir bekommen konnten. Aber wie Ihnen vielleicht nicht entgangen sein dürfte, lieber Herr Dr. Dressel, gab es auch in Berlin und Nürnberg am 1. Mai Ausschreitungen. Auch da waren Polizeikräfte gebunden und man muss vielleicht einmal darüber nachdenken – das ist eine Diskussion, die wir nicht nur in Hamburg führen können –, wie wir künftig die Verteilung unserer bundesweit zur Verfügung stehenden Polizeikräfte besser organisieren.

Die Polizeibeamten haben – ich darf das noch einmal wiederholen – starke persönliche Risiken bei ihrer Arbeit in Kauf nehmen müssen; Frau Schneider, das sollten auch Sie zur Kenntnis nehmen. Ich sage es deshalb ganz deutlich: 30 verletzte Beam-

tinnen und Beamte sind 30 zuviel. Es ist nicht akzeptabel, dass Polizeibeamte und übrigens auch Feuerwehrbeamte beim Schützen friedlicher Demonstrationsteilnehmer, beim Löschen von Bränden, bei Hilfeleistungen für Verletzte von gewalttätigen Chaoten angegriffen werden.

(Beifall bei der CDU, der GAL und bei *Dr. Andreas Dressel SPD*)

Es ist auch nicht akzeptabel, dass den Anwohnern ein verwüsteter Stadtteil hinterlassen wird. Wer bei diesen Bildern aus politischer Motivation nur eine partielle Wahrnehmung hat und die Ausschreitungen auch nur im Ansatz relativiert, verhöhnt diejenigen, die sich für unsere Gesellschaft in Gefahr begeben.

(Beifall bei der CDU und bei *Christian Maaß GAL*)

Und wem, wie den LINKEN, nichts anderes einfällt, als – ich darf Ihre Pressemitteilung zitieren –

"... den brutalen Polizeieinsatz gegen couragierte Antifaschistinnen ..."

zu verurteilen, der hat sich für eine seriöse Auseinandersetzung mit diesem Thema vollständig disqualifiziert.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Dass Sie der Polizei vorwerfen, sie habe den Grundsatz der Deeskalation nicht beachtet, zeigt eine völlig verquere Sicht auf die Realitäten. Die Gewalttaten sind von Personen ausgegangen, die von vornherein Gewalt wollten. Niemand wird einen vernünftigen Grund dafür nennen können, ein Reifenlager anzuzünden oder die Autos Unbeteiligter abzubrennen. Welche politische Aussage sollen solche Handlungen haben? Und wer meint, die Polizei hätte doch den Demonstrationszug der Rechtsextremisten einfach verbieten können, der kennt entweder die Rechtslage nicht oder ignoriert sie. Es gab keine rechtliche Grundlage für ein Verbot dieser Versammlung, ob uns das nun gefällt oder nicht. Das Handeln der Polizei ist an Gesetz und Recht gebunden und das Versammlungsrecht ist durch Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts hinlänglich präzisiert. Auch wenn die Ergebnisse nicht immer wünschenswert sein mögen, so hat sich die Polizei nach Recht und Gesetz zu richten.

Die Polizei hat 59 Personen festgenommen und 227 Personen in Gewahrsam genommen. Die Polizei ist konsequent und entschlossen gegen Gewalttäter von rechts und von links vorgegangen. Auch das wird sich in Zukunft nicht ändern. Wer immer das infrage stellen will und wer immer glaubt, wir hätten keinen gemeinsamen Kompass oder so etwas, der irrt,

(Senator Christoph Ahlhaus)

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ja, den haben Sie auch nicht!)

denn hier sind sich die Koalitionspartner völlig einig. Jeder gewaltbereite Chaos, egal ob rechts- oder linksextremistisch, der nach Hamburg kommt, um hier Randalen zu machen, wird auf eine entschlossene Polizei treffen, die konsequent und kraftvoll gegen jede Form der Gewalt vorgehen wird.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Straßenschlachten mit verletzten Polizei- und Feuerwehrbeamten, brennenden Autos und zerstörten öffentlichen Anlagen werden wir niemals als unabänderlich akzeptieren und Barmbek – lassen Sie mich das deutlich sagen – wird auch künftig am 1. Mai kein zweites Kreuzberg werden. Dafür werden wir sorgen und dafür werden wir auch weiterhin auf die bewährte Strategie Deeskalation durch Stärke setzen.

(Beifall bei der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Die Grünen jetzt aber nicht, Herr Ahlhaus!)

Im Ergebnis haben die Hamburger Polizei – da wird mir Herr Dr. Dressel bestimmt zustimmen – und die Feuerwehr eine schwierige Aufgabe unter den gegebenen Rahmenbedingungen sehr gut bewältigt. Dafür gebührt allen eingesetzten Beamten von Polizei und Feuerwehr auch der Dank dieses Hauses.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Wir dürfen eines allerdings auch nicht außer Acht lassen. Nicht nur Polizei- und Feuerwehrbeamte sowie Anwohner sind Leidtragende gewaltbereiter Randalierer, auch die überwiegende Zahl der friedlich demonstrierenden Versammlungsteilnehmer sind Opfer gewalttätiger Ausschreitungen, da ihr politisches Engagement diskreditiert wird. Sie und ihr Demonstrationsrecht zu schützen ist ebenfalls Aufgabe des Rechtsstaats und damit auch von Polizei und Justiz; das nehmen wir außerordentlich ernst. Gewaltausübungen bei Versammlungen sind der größte Feind des Demonstrationsrechts.

Deshalb sollten wir nun nach vorne schauen: Politik, Polizei und Justiz sind gemeinsam in der Verantwortung, damit sich Ereignisse, wie wir sie letzte Woche in Hamburg erleben mussten, nicht wiederholen. Dieser Aufgabe werden sich Innenbehörde und Polizei mit Stärke und Selbstbewusstsein stellen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Möller.

Antje Möller GAL:* Meine Damen und Herren! Wer, wann, wie, ob überzeugt oder nicht überzeugt klatscht, ist zwar auch interessant, aber ich finde es interessanter, dass wir in allen Beiträgen eine Debatte mit großer Bandbreite geführt haben. Die Sitzung im Innenausschuss ist sicherlich der richtige Ort, um uns darüber im Detail zu streiten. Fünf Minuten sind zu kurz, das durfte ich eben selbst am eigenen Leibe erfahren.

Ich möchte zwei Punkte aufgreifen. Was wir hier diskutiert haben, ist einerseits mit der Notwendigkeit verbunden, die Menschen, die in dieser Stadt Zivilcourage zeigen, die in ihre Fenster offene Plakate hängen, dass sie gegen die Nazis sind oder die ihre Geschäfte öffnen, obwohl sie das Zerschlagen der Scheiben befürchten müssen, wieder dahin zu bringen, dass sie sich das auch ein zweites Mal trauen. Das ist eine der wichtigen Aufgaben, die wir gemeinsam zu lösen haben.

Der zweite Punkt ist natürlich nicht nur für uns, sondern auch für andere ein wirklich wichtiger Punkt. Wir müssen weiterhin als Stadt gewährleisten, dass das Demonstrationsrecht, so wie es Karlsruhe unter anderem vorsieht – darüber habe ich gestern mit Herrn Dressel und Herrn Jäger schon lange diskutiert –, eingehalten wird und wir dürfen nicht voreilend Rechte einschränken, die allen Menschen in dieser Stadt zustehen, sondern müssen uns politisch mit der Gewalt von rechts auseinandersetzen. Gewalt überhaupt ist in dieser Stadt kein Mittel von Politik und ich glaube, da sind wir uns einig. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL, der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Warnholz.

Karl-Heinz Warnholz CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vieles Richtige und Wichtige haben meine Abgeordnetenkollegen aus den Regierungsfractionen

(Dr. Michael Naumann SPD: Gestern Abend aufgeschrieben!)

sowie unser neuer Innensenator bereits ausgeführt.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und der LINKEN)

Ich möchte mich daher an dieser Stelle auf die Kernpunkte konzentrieren. Unzweifelhaft ist das Recht auf Versammlungsfreiheit in all seinen Facetten ein hoch einzuschätzendes Gut. Dieses Grundrecht steht jedem zu, der sich an die geforderten Bedingungen hält.

Ebenso finden aber nach dem Motto "und jährlich grüßt das Murmeltier" am 1. Mai Krawalle und gewalttätige Auseinandersetzungen in unserer schö-

(Karl-Heinz Warnholz)

nen Stadt statt. Dieses Jahr kam noch dazu, dass der Krawallfaktor um den Faktor Aufeinandertreffen von Rechten und Linken verstärkt wurde, die beide eine Demonstration angemeldet hatten. Für mich ist nicht entscheidend, ob die Gewalt von rechts oder von links ausging, ich verurteile jede Gewalt, durch die Menschen schwer geschädigt oder verletzt oder hohe Sachwerte Dritter beschädigt werden,

(Beifall bei der CDU und der GAL)

ganz zu schweigen von dem Imageschaden für die Stadt Hamburg im Hinblick auf den Tourismus und unsere Wirtschaft.

Hamburgs Polizei wurde auf eine harte Probe gestellt, aber sie ist auch dieses Mal, wie in den letzten Jahren, konsequent und mit Entschlossenheit gegen Störer und Gewalttäter vorgegangen. Unter der Gefahr erheblicher Eigenverletzungen haben Polizei- und Feuerwehrkräfte eine sehr gute Arbeit geleistet und Schlimmeres verhindert. An dieser Stelle auch mein ganz persönlicher Dank und der Dank der CDU-Fraktion dafür.

(Beifall bei der CDU – *Ingo Egloff SPD*: Das hat der Kollege schon gemacht!)

Das Hamburger Oberverwaltungsgericht musste hinsichtlich des Demonstrationsgeschehens eine Entscheidung treffen, die sich auf dem schmalen Grad zwischen größtmöglicher Öffentlichkeit und der offensichtlichen Gefahr für Leib und Leben der Beteiligten und Dritter bewegte. Es ist sicherlich nicht ganz einfach, so eine Entscheidung zu fällen. Aber vielleicht sollte man in Zukunft sorgfältiger mit der Polizei zusammenarbeiten.

(*Ingo Egloff SPD*: Oder die Polizei mit dem Gericht!)

Meines Erachtens – da stehe ich nicht alleine, wenn ich unter anderem an die vielen Leserbriefe an unsere Hamburger Presse denke – ist dem Gericht diese Gradwanderung leider misslungen. Ich erinnere daran, dass das Motto der linken Demonstration lautete: "Den Nazis keinen Meter". War dann nicht absehbar, dass bei einem gleichen Marschweg, der zuerst von den Linken und dann von den Rechten genutzt werden sollte, kein Meter seitens der Linken zugebilligt wurde?

(Beifall bei der LINKEN)

Krawalle und gewalttätige Auseinandersetzungen drängen sich in einer solchen Konstellation mehr als auf und zumindest für den juristischen Laien ist einiges fragwürdig.

(*Andy Grote SPD*: Das merkt man!)

Abschließend noch folgende Botschaft an alle, die meinen, durch Schwarz-Grün könnte das Demonstrationsrecht für Krawalle und Gewaltexzesse instrumentalisiert werden. Wir brauchen keine rechten und linken Straftäter in Hamburg, die sich zu-

sammenrotten, um ihre geistige Langeweile auf der Straße auszuleben.

(*Carola Veit SPD*: Das sagt ja der Richtige! – Zuruf: Jetzt fehlt noch die Rote Flora!)

Die Rote Flora haben Sie uns lange genug beschert. Gott sei Dank, dass das seit einem Jahrzehnt vorbei ist. Darauf braucht die SPD nicht stolz zu sein. Aber wir haben es im Griff.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Jetzt passen Sie auf, Herr Warnholz, was Sie sagen!)

– Herr Dr. Dressel, ist doch gut.

Auch in Zukunft wird in Hamburg mit aller Entschlossenheit und der gebotenen Härte gegen solche Art von Gewaltausschreitungen vorgegangen.

(Glocke)

Wir müssen auch an die Bürgerinnen und Bürger denken, die zu Schaden gekommen sind. Ihnen gilt unser Mitgefühl und zudem stehen wir zu der Polizei.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Rose.

Wolfgang Rose SPD:* Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD, bei *Kersten Artus* und *Elisabeth Baum*, beide **DIE LINKE** – *Christiane Maaß GAL*: Genossinnen und Genossen!)

– Ich habe hier schon des Öfteren zugehört und auch diese Worte in der Vergangenheit gehört. Insofern passen sie, glaube ich, ganz gut.

(*Christian Maaß GAL*: Oder sprechen Sie jetzt als ver.di-Vorsitzender?)

Der Beitrag von Herrn Ahlhaus hat mich noch einmal darin bestätigt, dass ich es doch sehr verwunderlich finde, welchen mehr oder weniger ausschließlichen Schwerpunkt diese Debatte über die Geschehnisse am 1. Mai hier im Rathaus hat. Die gewalttätigen Ausschreitungen und die polizeilichen Reaktionen verdienen sicher auch eine kritische Debatte. Ich frage mich aber, ob diejenigen, die diese Themen angemeldet haben, eine Ahnung davon haben, dass es sich hier nicht um Krawalle in einem Stadion oder auf dem Kiez handelt, sondern auch um den Tag der Arbeit, bei dem es um Arbeitnehmerrechte geht und im Übrigen nicht in erster Linie um Tourismus, wie Herr Warnholz das eben zum Ausdruck gebracht hat.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

75 Jahre nach der Erstürmung des Hamburger Gewerkschaftshauses gelingt es in dieser Stadt bekennenden Neonazis, eine große Demonstration

(Wolfgang Rose)

mitten in Hamburg durchzusetzen. Unter ihren Rednern waren gleich drei vorbestrafte Volksverhetzer. Nicht nur mir fehlt jedes Verständnis dafür, dass offensichtlich keine wirklich ernsthaften Versuche für ein Verbot dieses Naziaufmarsches unternommen worden sind.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Um es klar zu sagen: Meinungsfreiheit und Demonstrationsfreiheit sind hohe Güter, gerade auch für uns Gewerkschaften. Gleichwohl hat unser Grundgesetz der Meinungsfreiheit mit guten Gründen Grenzen gesetzt. Die Formel "Faschismus war und ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen" mag plakativ sein, aber sie ist richtig und es ist unsere gemeinsame Verantwortung als Demokraten, sie durchzusetzen.

(Beifall bei der SPD, der GAL und der LINKEN)

Deshalb war es gut und wichtig – was am 1. Mai auch geschehen ist –, dass auf beiden Demonstrationen – in Barmbek und am Spielbudenplatz – zusammen weit mehr als 10 000 Menschen für soziale und demokratische Arbeitnehmerrechte und gegen Rassismus und Faschismus auf die Straße gegangen sind, dass sich Kirchen, Kulturschaffende und viele Organisationen zusammengetan haben zu einem gemeinsamen öffentlichen Aufruf. Es war ein Höhepunkt demokratischer Kultur, dass in Barmbek ein ganzer Stadtteil, dass so viele Anwohner und Gewerbetreibende mutig und klar gezeigt haben: Wir wollen die Nazis hier und auch nicht anderswo haben.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

"Wir wollen die Nazibande hier nicht haben",

sagte übrigens am gleichen Tag auch der bayerische Ministerpräsident Beckstein auf einer Anti-Nazi-Kundgebung vor 10 000 Menschen in Nürnberg. Ebenso warnten Bischöfin Jepsen, Erzbischof Thiessen und der Soul-Sänger Stefan Gwildis auf dem Spielbudenplatz vor Rassismus, Ausländerhass und Gewalt. Gerade vor diesem Kontrast fällt es auf, was in Hamburg fehlte. Wo waren der Erste Bürgermeister und der Vorsitzende der CDU am Tag des 1. Mai und an den Tagen davor? Wie haben Sie sich geäußert zum Missbrauch des 1. Mai durch die Neonazis?

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – *Viviane Spethmann CDU*: Das ist eine Unterstellung, was Sie hier machen!)

Ich erwarte nicht, dass Sie sich an Demos und Kundgebungen beteiligen, aber, ich finde, eine klare öffentliche Stellungnahme konnten die Hamburgerinnen und Hamburger, aber vor allen Dingen die Barmbekerinnen und Barmbeker mit Recht von ihrem Bürgermeister erwarten,

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

denn der Bürgermeister ist der Repräsentant aller Hamburgerinnen und Hamburger, auch der mehr als 200 000 Gewerkschaftsmitglieder in dieser Stadt. Ich frage mich, ob er nicht mitbekommen hat, mit welcher Sozialdemagogie die Neonazis den 1. Mai vereinnahmen wollten, besonders junge Leute. Soziale Gerechtigkeit: Aber nur für Deutsche, Arbeit und Wohlstand: Aber nur für Deutsche, gegen das jüdische Machwerk der Globalisierung. Ich finde, es wäre die Aufgabe eines Bürgermeisters gewesen, auch und gerade, wenn er der Partei angehört, die das C in ihrem Namen hat, für Hamburg klarzustellen: Unsere ausländischen Mitbürger gehören zu uns und sind nicht Sündenböcke für irgendwelche anderen Angelegenheiten

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – *Viviane Spethmann CDU*: Das ist doch Diffamierung, was Sie hier machen!)

und klarzustellen: Wir Hamburgerinnen und Hamburger betrachten die Menschen in anderen Ländern und mit anderer Hautfarbe oder Religion nicht als Feinde, sondern als unsere Partner in der einen Welt, die wir für alle gerecht, solidarisch, friedlich und frei gestalten wollen. Das alles hätte der Bürgermeister sagen können und es wäre gut und wichtig gewesen.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Rose, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Wolfgang Rose (fortfahrend): Vielleicht kann er es in Zukunft durch seine Politik noch einmal retten, dass er hier nicht aufgetreten ist, denn es kommt darauf an, die Grundlagen dafür zu beseitigen, dass dieses wieder stattfindet. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und bei *Farid Müller GAL*)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE: * Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe am letzten Donnerstag zum fünfundzwanzigsten Mal anlässlich des Tages der Arbeit demonstriert. Ich habe mich im Laufe dieser ganzen Jahre für viele Dinge eingesetzt: für eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, für ein Aussperrungsverbot in der Hamburger Landesverfassung, für Gleichberechtigung, für Ausbildungsplätze, für würdevolles Arbeiten, für gesetzliche Mindestlöhne, für das Recht auf Arbeit, gegen Repressionen gegen Erwerbslose, gegen die Rente mit 67. Deswegen bin ich auch an diesem 1. Mai wieder demonstrieren gegangen. Dieses Mal gab es für mich und viele tausend andere einen weiteren Grund zu demonstrieren, denn ein Naziaufmarsch am 1. Mai ist ei-

(Kersten Artus)

ne Provokation. Er ist eine Kriegserklärung an die arbeitenden Menschen und an solche, die ihre Arbeit verloren haben, jene, die gern Arbeit hätten, aber nach der Schule keinen Ausbildungsplatz bekommen haben, und jene, deren Qualifikation nicht anerkannt wird, weil sie ihre Ausbildung in einem anderen Land als in Deutschland gemacht haben.

Der Naziaufmarsch am 1. Mai war der teilweise geglückte Versuch, Rechte einzufordern, die Volksverhetzer nicht zustehen. Die Neonazis wollen Rechte, die ich unter anderem gerade aufgezählt habe, aber nur für Deutsche. Sie wollen sie zudem nur für männliche Deutsche. Sie sind mittlerweile bereit, ihre Forderungen mit erheblicher Gewaltanwendung zu vertreten, denn sonst hätte es diese Eskalation in Barmbek nicht gegeben.

Zerstörung ist nicht zu rechtfertigen, egal, wer sie verursacht. Niemandem darf etwas geschehen, nur weil er oder sie mitdemonstriert oder zufällig dort wohnt, wo demonstriert wird, weil zufällig der eigene Auto dort steht, weil zufällig der eigene kleine Betrieb dort angesiedelt ist. Aber ich warne davor, einen abgepackelten Müllcontainer sofort in die eigene ideologische Schublade zu stecken. Ich kann nicht sagen, was konkret jemanden motiviert, einen Müllcontainer oder ein Auto anzuzünden. Vielleicht war es auch eine bewusst bezahlte Provokation, die Mitläufer animieren sollte. Ich zitiere:

"Im weiteren Straßenverlauf wurden immer wieder große Plastikmüllcontainer in Brand gesetzt, die noch qualmten, als der Marschzug vorbeiging. Die Atmosphäre hätte kaum besser sein können."

Das habe ich von der zentralen Nazi-Homepage zum 1. Mai.

Im Übrigen finde ich es aber völlig unglaubwürdig, wenn gesagt wird, dass die klare Aggression der Neonazis so nicht vorherzusehen war und dass es nicht möglich war, die verschiedenen Gruppen konsequent voneinander zu trennen. Die Menschen, die in diese Situation, in diese direkte Konfrontation hineingerieten, ob bewusst oder nur zufällig, waren in akuter Gefahr und das hätte verhindert werden müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte diesem Plenum noch einen Gedanken mitgeben, den Sie ernst nehmen sollten. Gewalt entsteht nie nur so. Gewalt ist immer ein Ventil für Frust, für Wut, für Unterdrückung, für Demütigung. Die Jugendkrawalle in Frankreich haben viele Menschen in Deutschland nicht verstanden. Dieses Land muss damit rechnen, dass die Gewalt auf der Straße insgesamt und nicht nur am 1. Mai zunehmen wird, wenn weiterhin von der Politik falsche Weichenstellungen in zentralen Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der Demokratie gestellt werden, sodass weiterhin junge Leute perspektivlos sind, dass Zukunftsängste herrschen, dass

Menschen aufhören, an die Demokratie zu glauben. Wie Sie Ende Februar wieder gesehen haben, sinkt die Wahlbeteiligung immer weiter, weil sich immer mehr Menschen nur noch verarscht fühlen von Politikerinnen und Politikern,

(Glocke)

denen es selbst in Anbetracht gesunkener Wahlbeteiligung und gesunkener Wahlergebnisse ...

(Glocke – *Klaus-Peter Hesse CDU*: Wenn die Präsidentin klingelt, haben Sie aufzuhören!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Artus, ich möchte Sie bitten, unbedingt zum parlamentarischen Sprachgebrauch zurückzufinden.

Kersten Artus (fortfahrend): ... nicht einmal gelingt – Sie haben 4,6 Prozent verloren, Sie haben 2,7 Prozent verloren –, klare Ansagen in einen Koalitionsvertrag hineinzuschreiben, aus dem kalkulierbar für die Menschen hervorgeht, wann es ihnen wieder besser gehen wird. Suchen Sie bitte, wenn Sie schon Ursachen für die Gewalt suchen, ganz nah bei sich und sorgen Sie endlich dafür, dass Nazis nicht mehr auf unseren Straßen demonstrieren werden und dass die NPD endlich verboten wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Maaß.

Christian Maaß GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dressel, ich möchte noch einmal auf eine Bemerkung von Ihnen zurückkommen. Sie hatten gesagt, es gebe keinen gemeinsamen Kompass von Schwarz-Grün und hatten uns eine politische Einflussnahme vorgeworfen, zumindest der Koalitionsvertrag habe schon politischen Einfluss auf die Polizei genommen. Das empfinde ich als ein sonderbares Verständnis dafür,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Genau zuhören!)

in welchem einem vorausseilenden Gehorsam die Hamburger Polizei offenbar in Ihrem Bild urteilt. Ich glaube nicht, dass das der Fall ist.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Jedenfalls möchte ich kurz bewerten, was Sie da gesagt haben. Ich schätze das so ein, dass das ein ziemlich untauglicher Versuch gewesen ist, hier einen Keil zwischen die Koalitionsfraktionen zu treiben.

(*Dr. Michael Naumann SPD*: Das schafft er schon alleine!)

(Christian Maaß)

Das ist Ihnen aber heute nicht gelungen und ich kann Ihnen versprechen, dass Ihnen das auch die nächsten vier Jahre nicht gelingen wird.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Es gibt keinen Dissens. Es gibt Einigkeit, wenn es darum geht, den Schutz der Demonstrationfreiheit zu gewähren. Ich denke im Übrigen, dass es sinnvoll wäre, wenn diese Einigkeit auch mit der SPD-Fraktion bestünde, denn Sie haben durchaus auch leichte Kritik anklingen lassen, dass jetzt im Koalitionsvertrag Dinge zur Demonstrationfreiheit stehen würden. Aber es ist doch so, dass in dem Koalitionsvertrag Dinge stehen, die ganz klar auf dem Boden dieser Verfassung und auf der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts beruhen. Da wünsche ich mir, dass wir hier einen gemeinsamen Konsens haben, dass die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes auch in Hamburger Demonstrationen zur Anwendung kommt.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Es gibt auch keinen Dissens, wenn es darum geht, dass unsere Demokratie gegen Nazis zu schützen ist. Wir sind uns auch einig, dass wir alles dafür tun müssen, um Gewalt auf Demonstrationen zu unterbinden, egal, welche ideologische Einstellung Gewalttäter haben, denn jeder Steinwurf auf einer Demonstration ist nicht nur eine Gefährdung von Menschen, er ist auch ein Anschlag auf das Demonstrationsrecht derer, die friedlich demonstrieren wollen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Es gibt auch Einigkeit darüber, dass der Senat eine Pflicht hat, die hamburgischen Beamtinnen und Beamten in ihrem Dienst zu schützen und zu unterstützen. Das ist eine Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Michael Neumann SPD*: Das steht so aber nicht im Koalitionsvertrag!)

Deswegen möchte ich auch an Sie eine Bitte richten, denn, ich glaube, auch Sie müssten sich einmal entscheiden, wo Sie eigentlich stehen, wenn Sie uns vorwerfen, wir hätten keinen inneren gemeinsamen Kompass. Frau Möller hatte das in einem Nebensatz erwähnt. Ich möchte das noch einmal kritisch aufgreifen, Herr Dressel. Am 2. Mai, als die Medien sehr kritisch gegenüber der Entscheidung des Hamburger Oberverwaltungsgerichts waren, hat sich die SPD dieser Kritik angeschlossen und, Herr Dressel, Sie haben von einer fragwürdigen OVG-Entscheidung gesprochen. Später, als sich das Gericht dann mit Argumenten gewehrt hat und auch die Medien diese Argumente als plausibel aufgegriffen haben, haben Sie, die sich an dieser Justizschelte beteiligt haben, Herrn Nagel wiederum kritisiert, er würde eine Justizschelte betreiben.

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE*: Das hat er doch gemacht!)

Herr Dressel, ich glaube, genau das ist das Problem: Sie wissen nicht, wo Sie stehen und Sie haben nicht den inneren Kompass.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Dann möchte ich noch zu einem Punkt Stellung nehmen, und zwar zu der Gefahrenprognose der Polizei und auch der Gerichte. Das ist sowohl von Herrn Jäger als auch von Herrn Dressel und anderen Rednern angesprochen worden. Ich denke, wir haben das in aller Ruhe und Unaufgeregtheit zu analysieren, denn das wäre angemessen. Wir haben zu analysieren, ob die Gerichte, aber auch, ob die Polizei Fehler bei den Einschätzungen gemacht hat. Ich glaube im Übrigen nicht, dass wir da heute voreilige Schlüsse ziehen sollten, denn man muss auch festhalten, dass die Gewalt nicht auf der Demonstration, sondern abseits der Demonstration stattgefunden hat und das ist durchaus kritisch zu analysieren.

Wir werden auch zu analysieren haben, ob es im Hinblick auf die zeitlichen Abläufe bei der polizeilichen Vorbereitung von Demonstrationen und im Hinblick auf die Gewährung von Rechtsschutz einen Optimierungsbedarf gibt, denn auch da ist es selbstverständlich, dass die Gerichte in der Lage sein müssen, mit ausreichend Zeit über Demonstrationsauflagen zu urteilen, denn das ist die Gewährung von Rechtsschutz wie wir ihn in dieser Stadt haben wollen.

Lassen Sie uns deswegen darüber diskutieren, was wir für die Zukunft ändern können. Lassen Sie uns über die Lehren diskutieren, die wir aus diesen Vorfällen ziehen müssen. Lassen Sie uns darüber diskutieren, wie wir auch die politische Bildung stärken können, um Rechtsextremismus zu unterbinden und wie wir Aussteigerprogramme aus der rechten Szene stärken können. Lassen Sie uns auch darüber diskutieren, wie wir das Demonstrationsrecht vor Gewalt schützen können. Lassen Sie uns aber auch darüber diskutieren – das ist eine kritische Anmerkung an Herrn Rose und auch an die LINKE –, ob wir es uns wirklich leisten wollen, dass wir bestimmte Demonstrationen, weil sie von rechts kommen, vorneweg verbieten wollen. Demonstrationenfreiheit und unsere Demokratie bedeuten auch den Schutz der Andersdenkenden. Das tut manchmal weh, aber das ist auch der Schutz der Demokratie.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Voet van Vormizeele.

Kai Voet van Vormizeele CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte einige Anmerkungen zu dem machen, was

(Kai Voet van Vormizeele)

vielleicht auch aus der Sicht der Menschen, die in Barmbek wohnen, leben und dort demonstriert haben, wichtig ist.

Wir haben in der letzten dreiviertel Stunde teilweise hitzig über Krawalle bei der Kundgebung zum 1. Mai debattiert. Ich glaube, dass es wichtig ist, noch einmal festzustellen, dass es an diesem Tag in diesem Stadtteil eine große Menge von Menschen gab, die gemeinsam, couragiert demonstrieren wollten, um den Nazis deutlich zu zeigen, dass sie hier nicht erwünscht sind. Diese Menschen haben mit ihrem friedlichen Protest deutlich gemacht, was sie wollen und wurden dann von gewalttätigen Rechts- und Linksextremisten missbraucht und das können und dürfen wir nicht akzeptieren.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Die Absicht aller demokratischen Kräfte an diesem Tag war es, mit friedlichem Protest ein Zeichen zu setzen, dass Nazis mit ihrer menschenverachtenden Ideologie in diesem Stadtteil nicht erwünscht sind und auch nirgendwo anders in Hamburg akzeptiert werden. Wir müssen allerdings rückblickend feststellen, dass diese kriminellen Gewalttäter mit ihrer Gewaltbereitschaft, die sie häufig mit vermeintlich politischen Überzeugungen tarnen, diesen demokratischen Protest zu einem sehr großen Teil entwertet haben. Es ist diesen Kriminellen – das sage ich ganz deutlich – gelungen, dass wir über den 1. Mai nicht mehr als große Demonstration gegen Nazis reden, sondern nur noch über Krawalle reden. Ich finde, das haben die Menschen, die dort friedlich demonstriert haben, nicht verdient.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich bedauere sehr, dass wir in Hamburg leider nicht in der Lage gewesen sind, das zu tun, was die Menschen in Nürnberg geschafft haben. Nürnberg hat eine weitestgehend friedliche Demonstration erlebt. Nürnberg hat den Nazis dort sehr deutlich gezeigt, was man von ihnen hält und dass der rechte Mob in dieser Stadt nicht erwünscht war. Ich finde es schade, dass wir es nicht geschafft haben, diese Art hier gemeinsam hinzubekommen. Lassen Sie mich noch einmal ganz deutlich sagen, Frau Schneider, ...

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE: Wo waren Sie denn?*)

– Wo ich war? Ich war auf der Demonstration, Herr Hackbusch. Ich weiß nicht, wo Sie gewesen sind. Ich war dabei und habe dort mit vielen anderen Kollegen gemeinsam für Demokratie, für friedlichen Protest gestanden.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ob das alle anderen in diesem Haus auch getan haben, da bin ich mir nicht ganz sicher. Gerade bei dem, was wir eben gehört haben,

(*Christiane Schneider DIE LINKE: Was soll das denn heißen?*)

finde ich es sehr, sehr schwierig, verehrte Kollegin Schneider, wenn Sie hier versuchen, einzelne Gewalttäter zu rechtfertigen. Ganz egal, ob Links- oder Rechtsextremisten, wer als Gewalttäter in Krankenhäuser geht, dort schwerkranke Menschen mit Steinen bedroht, der verdient auf gar keinen Fall den Schutz dieses Rechtsstaates.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Es ist richtig und gut, dass wir darüber im Innenausschuss diskutieren. Wir werden die technischen Sachen alle aufarbeiten müssen. Wir sollten uns aber über eines in diesem Hause gemeinsam klar sein: Die langen Debatten, die wir uns jetzt leisten, wo wir uns gegenseitig Vorwürfe machen und auch ein bisschen anfangen, verehrter Kollege Rose, den Wahlkampf ein wenig zu verlängern, denn nichts anderes war Ihr Beitrag eben, nützen nicht den Demokraten, sondern den Extremisten. Ich glaube, das sollten wir nicht tun. Wir sollten in dieser Frage die Gemeinsamkeiten – Herr Neumann, auch Sie – vielleicht mehr betonen als das Trennende. Das ist, glaube ich, das Wichtige dabei.

(*Michael Neumann SPD: Moral lässt sich nur ertragen, wenn sie doppelt ist!*)

– Ach, Herr Neumann, Ihre Beiträge können Sie auf dem Kasernenhof ablassen, aber nicht hier.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich noch einmal ganz deutlich machen: Wir müssen aus diesem 1. Mai, wie er dieses Jahr stattgefunden hat, lernen, dass die demokratischen und friedlichen Kräfte in dieser Stadt allen Extremisten, egal, ob von links oder rechts, die Stirn bieten müssen.

(*Michael Neumann SPD: Scheinheilig!*)

– Nein, Herr Neumann, das ist nicht scheinheilig, das ist die Wahrheit. Wenn Sie dazu nicht in der Lage sind und meinen, mit Ihrem Fraktionskollegen Beiträge halten zu müssen, wo sich der DGB entschuldigen muss, dass er nicht in der Lage gewesen sei, eine Demo in Barmbek zu machen, dann tun Sie mir leid, Herr Neumann. Das ist die Wahrheit.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wer meint, Gewalt sei eine Form der politischen Auseinandersetzung, hat in der Gemeinschaft der Demokraten nichts zu suchen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich abschließend noch auf eines hinweisen und meinen Respekt bekunden für jemanden, der vielleicht mehr von Demokratie versteht als so mancher selbst ernannte Verfechter der wahren demokratischen Lehre. Der türkischstämmige Bistro-Besitzer auf dem Gelände des AK

(Kai Voet van Vormizeele)

Barmbek hat zwei Teilnehmer der Nazi-Demonstration in seinem Bistro vor linksextremistischen Schlägern beschützt. Das hat er bestimmt nicht gemacht, weil er der Meinung ist, dass die Ideologie dieser verquastenen Nazis das Richtige ist. Er tat es offenbar aus der einfachen demokratischen Grundüberzeugung, dass Gewalt kein Mittel der politischen Auseinandersetzung ist. Ich finde, wir bräuchten mehr Menschen mit einer solchen Grundeinstellung. Dann wären wir weiter.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Schäfer.

Dr. Martin Schäfer SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Erstens: Herr Maaß, Ihr Koalitionsvertrag interessiert mich im Moment überhaupt noch nicht. Da warten wir in aller Ruhe ab, was dabei herauskommen wird, und zwar im Alltag.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens: Was mich interessiert, ist, wie man solchen Ausschreitungen bei Demonstrationen vorbeugen kann, die unbedingt notwendig sind, nämlich dann, wenn – wie Herr Rose es dargestellt hat – Neonazis den 1. Mai missbrauchen wollen und nicht nur ihre Meinung, sondern auch ihre Gewaltandrohung wahr werden lassen wollen und jeder Demokrat alles tun muss, was er tun kann, um dem Einhalt zu gebieten. Das ist das Zweite, was dringend notwendig ist. Dazu, Frau Möller, möchte ich gerne Ihr Wort vom breiten Bündnis aufnehmen.

Das breite Bündnis muss dann aber über das ganze Haus hinweggehen. Es muss aus allen Bereichen dieses Hauses und insbesondere auch vom Senat klargestellt werden, wo wir alle stehen. Auch da möchte ich Herrn Rose beipflichten, dass dazu zu wenig gesagt wurde.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ein weiterer Punkt. Wir oder manche unter uns haben möglicherweise auch einen gewissen Einfluss auf Anmelder von Demonstrationen. Auch diesen Einfluss müssen wir wahrnehmen, alle so, wie wir es können, um sicherzustellen, dass Gewalttäter dann, wenn sie sich in die selbst angemeldete Demonstration einmischen möchten, möglichst wenig Chancen haben, das zu tun, was dann am 1. Mai geschehen ist. Das ist dringend notwendig, dass wir dort, wo wir es können, Frau Möller, dann auch diesen Einfluss nehmen, dass es da keinerlei Möglichkeiten gibt, klammheimlich etwas hintenherum zuzulassen, was wir allesamt nicht wollen. Es gibt keine Rechtfertigung für Gewalt bei Demonstrationen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Der vierte Punkt ist, dass auch von Seiten der Polizeiführung, insbesondere der politischen Führung, alles getan werden muss, um die Zusammenarbeit mit den Anmeldern von Demonstrationen so zu gestalten, dass sie auch alle Möglichkeiten haben, das in ihrer Macht Stehende zu tun, um Gewalt zu vermeiden. Die Verzögerungstaktik der Innenbehörde diesbezüglich kann nicht hilfreich gewesen sein, weil es keine Möglichkeit mehr gegeben hat, innerhalb eines einzigen Tages auf das einzugehen, was an Auflagen erst erlassen wurde und dann vom Obergerverwaltungsgericht wieder eingesammelt werden musste, weil die Dokumente, die dem Obergerverwaltungsgericht vorgelegt worden waren, schlicht nicht ausgereicht haben. Ein Gericht kann nur aufgrund dessen urteilen, was ihm vorliegt und in der Zeit, die ihm zur Verfügung steht. Diese Zeit war hier entschieden zu kurz und die Dokumente waren offenkundig, wenn man das Urteil liest, lückenhaft. Das darf auch nicht mehr geschehen. Kein spielerischer Umgang mehr mit solchen Dingen. Da muss die Zusammenarbeit von Anfang an auf allen Seiten seriös und ernsthaft sein mit dem Ziel, jegliche Gewalt im Zusammenhang mit solchen Demonstrationen zu unterbinden und auch den Polizisten die Möglichkeit zu geben, das tun zu können, sodass so etwas nicht geschieht wie hier. Die Taktik sorgte dafür, dass die Polizisten auf der Straße in Schwierigkeiten kamen und die waren es, die es ausbaden mussten. Das will auch keiner. Deswegen bitte kein weiterer spielerischer Umgang mehr mit solchen Dingen, sondern seriöse Planung und Zusammenarbeit im Vorfeld solcher Demonstrationen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es gibt eine Sache, mit der wir uns, glaube ich, auseinandersetzen müssen, die nicht nur damit etwas zu tun hat, dass die Gewalt an einem 1. Mai in Barmbek angefangen wäre. Wir haben eine Situation in diesem Land, die, glaube ich, viel dramatischer ist. Frau von Welck wird gemeinsam mit uns im nächsten Monat einen Künstler in New York feiern, der in Manhattan großartige Wasserkaskaden herunterfallen lassen wird. Es wird eine riesige Feier und Begeisterung um diesen Künstler herum sein. Die ganze Welt wird darauf gucken. Dieser Künstler hat vor zwei Wochen ein Interview in dem Magazin "Der Spiegel" gegeben. In diesem Interview hat er auf die Frage, warum er in Berlin arbeitet, seine Familie aber in Kopenhagen bleiben würde, geantwortet, er habe Angst um seine Kinder. Seine Kinder sind schwarz. Er hat Angst vor der Phobie gegen Schwarze in diesem Land. Soweit ist die Situation. Die Situation ist nicht friedlich. Die Situation ist so,

(Norbert Hackbusch)

dass wichtige Künstler nicht mehr wagen, hier mit ihren Kindern zu leben, weil sie schwarz sind. Es ist so, dass "Die Zeit" gerade eine Studie veröffentlicht hat, Herr Naumann, in der gesagt worden ist, dass man Führungskräfte nicht mehr nach Ostdeutschland bekommt, wenn sie schwarz sind, weil sie Angst haben, dort zu leben. Es gibt auch im westlichen Bereich Überfälle gegen Schwarze. Das heißt nichts anderes als dass die Nazis in dieser Gesellschaft stärker sind mit ihrer Macht, mit ihrer Ideologie und auch mit ihren Taten, als wir uns das alle klarmachen. Dementsprechend ist die Situation nicht friedlich und freundlich, sondern sie ist in dieser Gesellschaft viel härter als wir uns das alle klarmachen. Deshalb haben solche Demonstrationen, wie die Nazis sie in Barmbek abgehalten haben, wo sie nichts anderes tun als das Recht zu fordern, die Migranten aus dieser Gesellschaft zu vertreiben, antisemitisch aufzutreten und die Juden zu vertreiben – das ist das, was sie dort propagieren –, nichts mit Meinungsfreiheit zu tun. Das ist Faschismus, das ist offener Faschismus auf der Straße.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will keine Tat, die von irgendwelchen Demonstranten begangen wurde, entschuldigen, aber gegenwärtig sind wir froh, dass es so viele Demonstranten in Barmbek gegeben hat, die dort praktisch agieren wollen.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Protestieren!)

Ich hätte es für eine wichtige Aufgabe gehalten, dass nicht Sie alleine dort gewesen wären, sondern auch der Senat gezeigt hätte, was es für eine wichtige Aufgabe für diese Stadt gibt.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Was nicht geht, ist die Art und Weise der Grünen und der gegenwärtigen Taktik: Weil Sie solange darüber geredet haben, müssen wir jetzt auch darüber sprechen. Die Grünen möchten gegenwärtig etwas diskutieren. Es ist vieles fraglich und ist noch zu besprechen. Das habe ich alles verstanden. Vonseiten der CDU wurden klare Fakten gesetzt. Es wurde klar gesagt: Das Oberverwaltungsgericht hat eine falsche Entscheidung getroffen, wir unterstützen unsere Polizei, wir nehmen die Kritik des Oberverwaltungsgerichts als wichtige demokratische Institution eigentlich nicht ernst, sondern wir sagen, dass die Polizei völlig richtig gehandelt habe.

(Dr. Manfred Jäger CDU: Hören Sie doch einfach richtig zu!)

Das ist anscheinend die Realität dieser gegenwärtigen Koalition. Dort werden die Fakten gesetzt und dort darüber geredet. Das ist nicht zu akzeptieren. Das Oberverwaltungsgericht hat die Polizei

kritisiert und somit ist es eine wichtige Frage von Demokratie. Dementsprechend ist diese Kritik nach meiner Meinung absolut notwendig. Sie hat einen entscheidenden Punkt kritisiert, nämlich dass die Polizei zum wiederholten Male so spät die Auflagen bekannt gegeben habe, dass man praktisch kein juristisches Recht mehr hatte, dagegen vorzugehen und dass das schon eine Art wäre, einen gebotenen Rechtsschutz zu verweigern. Das ist eine sehr harte Kritik. Dementsprechend ist es eine harte Kritik an dem gegenwärtigen Senat, weil er sich nicht davon distanziert hat und das auch nicht kritisch gesehen hat. Ich finde diese harte Kritik an diesem Senat richtig und möchte sie noch einmal ausdrücklich unterstützen. Ich freue mich darüber, dass es eine Gewaltenteilung in dieser Stadt gibt und es nicht ein Polizeisenator ist, der hier redet, wie ich manchmal bei Herrn Ahlhaus den Eindruck hatte. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Maaß.

Christian Maaß GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte zu zwei Punkten Stellung nehmen. Zum einen noch einmal nach der eben laut gewordenen Forderung, man hätte diese Demonstration im Vorfeld verbieten müssen und man müsse auch in Zukunft Aufmärsche von Rechtsextremisten in Hamburg verbieten. Sie haben es damit begründet, dass das Volksverhetzung sei, was dort gesagt wurde. Ich kann das nicht im Einzelnen beurteilen, weil ich die Transparente nicht im Einzelnen vor mir liegen habe. Darüber wird man zu diskutieren haben, ob das der Fall gewesen ist. Aber woher soll eine Versammlungsbehörde im Vorwege wissen, ob auf einer Demonstration volksverhetzende Äußerungen getätigt werden oder nicht.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Da gibt es ein Urteil!)

Wenn Sie sagen, man wüsste aus der Vergangenheit, dass es immer, wenn Nazis aufmarschieren, volksverhetzende Reden und Transparente gebe, dann möchte ich Ihnen aber etwas entgegenhalten und das ist die Unschuldsvermutung, die im übertragenen Sinne auch hier gilt, denn wenn wir dahin kommen, dass bestimmte Gruppierungen überhaupt nicht mehr auftreten und demonstrieren dürfen, weil man sagt, die seien sowieso alles Volksverhetzer, dann ist das genau die schleichende Aushöhlung des Demonstrationsrechtes, das wir in dieser Stadt nicht haben wollen. Wir wollen grundsätzlich, dass erst einmal davon ausgegangen wird, dass der, der eine Demonstration anmeldet, sie anmelden und durchführen darf. Wir dürfen nicht eine staatliche Unterstellung haben, dass dort Straftaten begangen werden, denn dann hät-

(Christian Maaß)

ten wir ein Demonstrationsverbot nicht nur für diese eine Demonstration, sondern für viele, viele andere Demonstrationen und ich bin mir sicher, dass dann gerade auf der Seite der LINKEN der Schrei laut würde, wenn Demonstrationen verboten werden, die Ihnen ideologisch in den Kram passen und das ist genau das, was wir nicht dürfen. Wir dürfen nicht danach unterscheiden, ob uns das ideologisch passt, ob wir eine Demonstration zulassen oder nicht. Herr Hackbusch, das ist der Punkt.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Zuruf von *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Der zweite Punkt, zu dem ich Stellung nehmen möchte. Sie haben gesagt, es würden hier jetzt Fakten gesetzt und die CDU habe sich da ganz anders verhalten als wir. Ich darf Sie vielleicht einmal auf eine Tatsache hinweisen: Dieser Senat ist seit vielleicht einer Stunde im Amt. Das ist der erste Fakt, der gesetzt wurde und ich finde, das ist ein ziemlich guter Fakt.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Der zweite Fakt, Herr Hackbusch, ist, dass diese Demonstration am 1. Mai stattgefunden hat. Da war, zumindest nach meiner Zeitrechnung, dieser Senat noch nicht im Amt.

(*Wilfried Buss SPD: Aber Herr Ahlhaus!*)

Der dritte Fakt ist, dass wir gemeinsam diese Demonstration aufarbeiten werden und dass wir gemeinsam die Lehren für die Zukunft ziehen werden.

(*Christiane Schneider DIE LINKE: Welche?*)

– Die Lehren, die ich unter anderem auch angesprochen habe. Es wird einiges aufgearbeitet werden müssen. Ich habe die Gefahrenprognose angesprochen. Ich habe auch angesprochen, wie man in Zukunft im Hinblick auf die Gewährung von Rechtsschutz von Demonstrationen umgeht. Da werden Sie sehen, dass wir den Fakt setzen, dass wir da gemeinsam zu einer sehr klaren und guten Linie kommen und das ist der wichtigste Fakt heute.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Spethmann.

Viviane Spethmann CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Hackbusch, das Bild, das Sie hier gemalt haben, ist ein Zerrbild der Gesellschaft. Ich will nicht leugnen, dass es in Einzelfällen Übergriffe geben möge, aber das, was Sie hier beschrieben haben, scheint so, als herrsche der rechte Mob soweit, dass sich hier kein Mensch sicher bewegen kann und das ist falsch.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Michael Naumann SPD: Fahren Sie mal nach Magdeburg!*)

Natürlich müssen wir in Deutschland besonders vorsichtig darauf achten, inwieweit mit Fremden und Andersfarbigen umgegangen wird, aber, ich glaube, es gibt in vielen Gesellschaften der Welt ähnliche Probleme. Hier gleich herbeizurufen, dass der rechte Mob die Herrschaft hat, ist zu viel. Damit tun wir dem rechten Mob sogar noch einen Gefallen und ich glaube, das ist falsch.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Was sich hier vielmehr zeigt, ist doch, dass es in der gesamten Bürgerschaft den Konsens gibt, dass wir gegen Rechte sind. Dann hier ein Zerrbild herbeizurufen, ist doch etwas völlig Falsches. Wie viele Mitglieder der CDU haben friedlich mit demonstriert? Das müssten Sie auch einmal genau feststellen, und zwar nicht einfach plakativ vorne, sondern sie haben einfach mitdemonstriert und mitgemacht. Sich hier hinzustellen, als seien Sie die wahren Retter der Demokratie, ist einfach falsch.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich finde es schön, Herr Rose, dass Sie sich in Zukunft freuen würden, wenn Senatsvertreter und CDU-Vertreter bei Gewerkschaftsversammlungen auftreten. Ich hatte bisher nicht immer solch einen freundlichen Empfang von Ihnen, aber vielleicht ändert sich das einmal.

(Beifall bei der CDU)

Wir kommen gerne, aber es ist nicht so, dass wir da immer besonders gern gesehen werden.

(*Ingo Egloff SPD: Sie müssen darüber nachdenken, warum das so ist!*)

Die SPD benutzt dieses Thema – und Herr Dressel wird es bestimmt gleich in seinem nächsten Beitrag wieder einmal zeigen –, sich zu profilieren. Es war so schön, Herr Dressel, wenn Sie sich in der Presse äußern, muss man so etwas auch hier einmal erwähnen. In den letzten Tagen – und ich nenne es einmal vorsichtig – hat die SPD eine Entwicklung vollzogen. Erst fordern Sie, Herr Dressel – gemäß einer Pressemeldung –, eine lückenlose Aufklärung und dann betreiben Sie Gerichtsschelte. Am 5. Mai kritisieren Sie wiederum den Innenminister, dass er Gerichtsschelte betrieben hat. Sie drehen sich das immer zurecht, Sie profilieren sich, das war ein echter Dressel.

(Beifall bei der CDU und bei *Christian Maaß GAL*)

Letztendlich ist es Ihr Problem beziehungsweise das Ihrer Fraktion, wenn Sie die Krawalle zum 1. Mai zum Anlass nehmen, sich politisch zu profilieren

(Viviane Spethmann)

(Dr. Michael Naumann SPD: Aber das Thema haben Sie angemeldet!)

und dann auch noch alle zwei Tage Ihre Meinung zu ändern. Das ist im Moment typisch in Ihrer Fraktion. Bei Ihnen wissen wir nicht, woran wir sind. Das brauchen wir auch nicht, Sie sind nicht an der Regierung, aber lassen Sie in der Öffentlichkeit solche Äußerungen. – Danke.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist interessant, dass Sie uns jetzt Profilierung vorwerfen,

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Ne, das würden wir nie tun!)

obwohl Sie das Thema selbst angemeldet haben. Es ist eine Anmeldung der CDU, der GAL und der LINKS-Partei gewesen. Wir haben es nicht angemeldet.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist dieser Vorwurf ziemlich lächerlich. Wenn wir jetzt die gegenseitigen Treueschwüre hören – von Herrn Maaß haben wir sie gehört –, wo überhaupt kein Blatt zwischen Sie beide geht, dann ist das eine ganz interessante Arbeitsteilung, die Sie hier gemacht haben. Von der Seite wird der Gerichtsbeschluss kritisiert und dann werden an dieser Stelle aber bestimmte Punkte aus dem Gerichtsbeschluss herausgegriffen. Das ist Ihre Form von gemeinsamem Kompass, dass man auf zwei Seiten surft. Das ist eine Doppelstrategie, die Ihnen die Öffentlichkeit nicht abnehmen wird.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich dann höre, dass dieser Senat erst seit ein paar Minuten im Amt sei, dann finde ich interessant, was Herr Ahlhaus, der, glaube ich, auch schon vorher im Amt war – und die Koalitionsverhandlungen haben ja eine gewisse Zeit gedauert und in der Phase ist es doch so, dass Sie intensiv miteinander gesprochen haben –, in einem Interview mit der "Hamburger Morgenpost", und zwar bezogen auf die Demonstration und der diesbezüglich ausgesprochenen Auflagen, auf die Frage:

"Haben Sie sich mit der GAL abgesprochen?"

gesagt hat:

"Nein, aber wir haben Fragen zu den Auflagen geklärt."

Das heißt, es hat eine schwarz-grüne Kommunikation über die Frage, wie das abgewickelt werden soll, gegeben. Ich finde, da hat dieses Parlament

und die Öffentlichkeit einen Anspruch darauf, dass Sie uns das hier einmal darlegen.

(Beifall bei der SPD)

Jedenfalls werden wir Ihnen diese Arbeitsteilung – bei Ihnen wird ein bisschen mehr Rechtsstaatlichkeit hochgehalten und hier wird ein bisschen die Polizei gestreichelt – nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört an der Stelle auch, dass Sie zum Beispiel zu dem Gerichtsurteil überhaupt nichts gesagt haben. Sie haben gesagt, das war fragwürdig. Im Ergebnis – das habe ich vorhin auch gesagt, das haben Sie versucht, mir im Munde umzudrehen – war die Einschätzung des Gerichts nicht richtig. Aber die Frage ist, was in dem Beschluss steht. Der Beschluss liegt mittlerweile allen vor. Wir können ihn im Internet nachlesen. Was sind die einzelnen Punkte, die dort angesprochen worden sind zu der Frage der Rechtsschutzverweigerung, zu der Verzögerung, zu der Frage, ob Lageanalysen vorlagen. Dazu hat Herr Maaß ein bisschen etwas gesagt, aber irgendwie war bei Ihnen zu dieser Äußerung Sendepause. Das werden wir im Innenausschuss aufarbeiten

(Wolfgang Beuß CDU: Ja, dann man los!)

und wir werden Sie an diesen Widersprüchen messen, meine Damen und Herren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Möller.

Antje Möller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dr. Dressel, ich habe auch mit Herrn Lenders gesprochen und am Mittwoch mit dem Einsatzleiter vor Ort gesprochen. Wollen Sie noch mehr hören? Das ist einfach lächerlich, was Sie hier inszenieren,

(Beifall bei der GAL und der CDU)

dass Sie sagen, wir verhandeln politisch über Einsatzstrategien der Polizei. Dazu haben Sie schon an anderer Stelle gesagt, wir würden mit dem Koalitionsvertrag die Entscheidungen der Gerichte beurteilen. Das finde ich absurd und kann in Wirklichkeit auch nicht das Thema sein, das wir diskutieren müssen, wenn wir uns mit dem, was am 1. Mai passiert ist, auseinandersetzen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Genauso wenig – da möchte ich auf das zurückkommen, was Herr Schäfer gesagt hat – wie es das Thema sein kann, wer eigentlich mit welchem Anmelder spricht. Ich habe die Debatte nicht so ganz verstanden. Die Demonstrationen am 30. April waren in ihrem Verlauf ohne Gewalttaten. Auch von der breiten, ungefähr 10 000 Leute um-

(Antje Möller)

fassenden Demonstration am 1. Mai sind nicht die Gewalttaten ausgegangen. Wollten Sie jetzt, weil Sie mich mit Namen angesprochen haben, im Ernst darauf hinweisen, dass ich mit den Anmeldern der rechten Seite reden sollen oder was ist die Idee dieses Debattenbeitrags gewesen? Das ist die nächste absurde Debatte.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Nur weil ich namentlich angesprochen wurde, bin ich auf diese beiden Punkte eingegangen. Ich teile aber – und das mag um Nuancen wieder einmal anders sein als vielleicht in Teilen des Hauses – die Sorge, die der Kollege Hackbusch in Bezug auf den latenten Rassismus in unserer Gesellschaft geäußert hat. Es gibt Studien. Wir haben uns schon im letzten Jahr auf einer gemeinsamen Fraktionssitzung von allen Fraktionen in diesem Hause einiges dazu erzählen lassen. Wenn ein Drittel der Menschen in diesem Land ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild haben, dann haben wir noch viel gemeinsame Arbeit vor uns, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Voet van Vormizeele für drei Minuten.

Kai Voet van Vormizeele CDU: Frau Präsidentin, das soll auch reichen. Zu Beginn eine kurze Bemerkung zu Herrn Dr. Dressel. Verehrter Kollege, ich nehme mit dem tiefsten Bedauern zurück, dass wir Ihnen vorwerfen würden, dass Sie sich bei dem Thema profilieren wollen. Das wird Ihnen gerade in diesem Hause keiner vorwerfen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei *Christian Maaß* GAL)

Ich möchte aber eines betonen, weil es mir sehr wichtig ist. Es gab, um es einmal zurückhaltend auszudrücken, sowohl bei dem Beitrag von Herrn Hackbusch als auch bei dem Beitrag von Frau Artus Nuancen, die mir nicht so ganz klar sind. Mir ist es sehr wichtig, dass wir in diesem Hause darüber einen breiten Konsens haben, dass Gewalt, egal, welche Ursachen es dafür geben mag, ob Elternhaus oder was auch immer, niemals ein Mittel ist, um sich in dieser Gesellschaft politisch auseinanderzusetzen. Es gibt keine Rechtfertigung für Gewalt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich glaube, dieser Konsens sollte der Basiskonsens sein, den wir Demokraten in diesem Hause wirklich pflegen sollten bei allem Streit in der Sache, bei allem Streit um die Verfahren zu Demos. Das ist die wichtige zentrale Aussage und die müssen wir gemeinsam rüberbringen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Wir haben noch für eineinhalb Minuten Redezeit in der Aktuellen Stunde. Ich gehe davon aus, dass das zweite Thema nicht debattiert wird. Dann ist die Aktuelle Stunde beendet.

Wir kommen zum Punkt 8 a der heutigen Tagesordnung, der Bestimmung eines vorsitzenden Mitglieds und zweier stellvertretender vorsitzender Mitglieder für die Härtefallkommission.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl von vier ordentlichen Mitgliedern und acht stellvertretenden Mitgliedern für die Härtefallkommission

– Drs 19/1 –]

Meine Damen und Herren! Nachdem die Bürgerschaft am 16. April 2008 die vier ordentlichen und die acht stellvertretenden Mitglieder für die Härtefallkommission gewählt hat, habe ich dem Senat die Namen der Gewählten übermittelt. Daraufhin – Sie werden es erraten – hat mich ein Schreiben des Ersten Bürgermeisters erreicht, in dem dieser mir mitteilt, dass der Senat für die Dauer der Legislaturperiode Herrn Wilfried Buss, Herrn Jens Grapengeter, Herrn Wolfgang Joithe-von Krosigk und Frau Antje Möller als ordentliche Mitglieder und Frau Elisabeth Baum, Herrn Bülent Ciftlik, Herrn Jörn Frommann, Frau Martina Gregersen, Frau Nebahat Güclü, Herrn Dirk Kienscherf, Herrn Wolfhard Ploog und Herrn Mehmet Yıldiz als stellvertretende Mitglieder der Härtefallkommission berufen hat.

Nach Paragraph 1 Absatz 3 des Härtefallkommissionengesetzes hat die Bürgerschaft nun aus dem Kreis der ordentlichen Mitglieder ein vorsitzendes Mitglied und zwei stellvertretende vorsitzende Mitglieder zu bestimmen.

Die CDU-Fraktion hat als vorsitzendes Mitglied Herrn Jens Grapengeter vorgeschlagen.

Wer Herrn Grapengeter als vorsitzendes Mitglied bestimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist Herr Grapengeter einstimmig gewählt worden.

Die SPD-Fraktion hat als stellvertretendes vorsitzendes Mitglied Herrn Wilfried Buss vorgeschlagen.

Wer Herrn Buss als stellvertretendes vorsitzendes Mitglied bestimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Herr Buss ist einstimmig gewählt worden.

Die GAL-Fraktion hat als stellvertretendes vorsitzendes Mitglied Frau Antje Möller vorgeschlagen.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden)

Wer Frau Möller als stellvertretendes vorsitzendes Mitglied bestimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch Frau Möller einstimmig vom Hause gewählt worden.

Wir kommen zum Punkt 18 der Tagesordnung, der Vorlage des Rechnungshofs, dem Bericht nach Paragraph 99 LHO zur Haushaltslage 2008 der Freien und Hansestadt Hamburg.

**[Der Präsident des Rechnungshofs der Freien und Hansestadt Hamburg:
Bericht nach § 99 LHO zur Haushaltslage 2008 der Freien und Hansestadt Hamburg
– Drs 19/13 –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Tschentscher, bitte.

Dr. Peter Tschentscher SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Wir besprechen jetzt ein etwas nüchterneres Thema, einen Bericht des Rechnungshofs. Ich habe gehört, dass Mitarbeiter des Rechnungshofs heute im Haus sein sollen. Deshalb sage ich für meine Fraktion herzlichen Dank für diesen präzisen Bericht, der einen klaren Blick auf die Haushaltslage 2008 ermöglicht.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Aus dem Wahlkampf und den Wochen der Koalitionsverhandlungen haben wir die Darstellung der CDU zur Haushaltslage in guter Erinnerung. Die Beschreibung war freundlich. Die Stadt ist immerhin in guten Händen,

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – *Harald Krüger* CDU: Das stimmt!)

der Haushalt ist ausgeglichen, die Neuverschuldung werde gestoppt, die Altschulden werden getilgt – ich zitiere wörtlich aus Ihrem Regierungsprogramm:

"Und ganz wichtig: Dieses Jahr gibt es wieder ein Plus in der Staatskasse."

Alles in allem ein gutes Gefühl für die Wählerinnen und Wähler bis zum Februar 2008. Im März 2008 nun dieser Bericht des Rechnungshofs. Herr Meyer-Abich und seine Mitarbeiter präsentieren ein Zahlenwerk, das in deutlichem Kontrast zur gefühlten Haushaltslage des Senats steht. Wie kommt es zu diesem Widerspruch?

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

Seit 2001 hat die CDU öffentliches Vermögen in Höhe von 3,6 Milliarden Euro verkauft und einen großen Teil dieser Erlöse in laufende Ausgaben des Betriebshaushalts umgelenkt. Nicht nur das Vermögen selbst, auch die damit verbundenen

Einnahmen und Gestaltungsspielräume sind verloren. Im Gegensatz zur CDU berücksichtigt der Rechnungshof diese umfangreichen Verkäufe und spricht von einer defizitären Haushaltsstruktur. Die Finanzierungssalden, die bereinigten Einnahmen abzüglich der bereinigten Ausgaben, sind in den Jahren dieses Senats sämtlich negativ.

Nach Amtsantritt der CDU im Jahr 2001 hat der Senat genau zwei Jahre gebraucht, um 2003 das Finanzierungsdefizit auf einen historischen Höchststand von über 1,9 Milliarden Euro zu bringen.

(*Dr. Michael Naumann* SPD: Hört, hört! Ungehört!)

Der Rechnungshof betont, deshalb sei die Lage ernst. Die defizitäre Haushaltsstruktur werde nur durch eine bundesweit positive Konjunktur verdeckt. Ein wirtschaftlicher Abschwung und ein damit verbundener Einbruch der Steuereinnahmen führten zwangsläufig zu weiteren steigenden Finanzierungsdefiziten. Eine Risikovorsorge habe dieser Senat nicht getroffen.

So defizitär wie die Haushaltspolitik der vergangenen Jahre, so unsolide ist die Finanzplanung für die Zukunft. Obwohl der Senat mit sprudelnden Steuereinnahmen rechnet, ist bis 2001 ein neues Defizit von 1,6 Milliarden Euro zu erwarten. Ausgabenermächtigungen, ebenfalls in Rekordhöhe von 1 Milliarde Euro, sind im Haushaltsplan darüber hinaus nicht gedeckt, ganz zu schweigen von den Kosten der Koalitionsvereinbarungen, die uns bis heute niemand benennt.

Der Rechnungshof mahnt also, alle Ausgaben, auch Investitionen mit sogenanntem Leuchtturmcharakter, kritisch auf Kosten und Nutzen zu prüfen. Dazu fallen einem einige Punkte ein. Ich möchte nur einen benennen: Für die Anbindung der HafenCity mit der U 4 gibt der Senat 300 Millionen Euro aus, damit die Bürgerinnen und Bürger dann bei Wind und Wetter für weitere 20 Millionen Euro zu Fuß zur Elbphilharmonie gehen sollen. Das ist ein Schuldbürgerstreich. Dieser Senat hat die einmalige Chance vertan, im Zusammenhang mit der Anbindung der HafenCity für einen Bruchteil dieser Summen ein leistungsfähiges und modernes Stadtbahnsystem für ganz Hamburg zu etablieren. Die jetzt von Schwarz-Grün versprochene zusätzliche Finanzierung einer Stadtbahn – so sinnvoll sie verkehrspolitisch ist und wir unterstützen die Einführung der Stadtbahn – macht die 300 Millionen Euro schwere Fehlentscheidung des CDU-Senats für die U 4 nicht ungeschehen.

(Beifall bei der SPD und bei *Norbert Hackbusch* DIE LINKE)

Ein Punkt, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, taucht im Bericht des Rechnungshofs gleich mehrfach auf. Es geht um das wirtschaftliche Boomjahr 2006, in dem der Senat ohne Not einen 500-Millionen-Euro-Kredit aufgenommen

(Dr. Peter Tschentscher)

hat, um Geld dann mittelbar in die allgemeine Rücklage zu überführen. Warum hat der Rechnungshof diesen Punkt gleich in drei unterschiedlichen Passagen seines Berichts erwähnt? Vermutlich, weil es für dieses Haushaltsmanöver keine plausible finanzielle Begründung gibt. Im Gegenteil. Der Rechnungshof führt aus, dass ohne diese Kreditaufnahme in einem Jahr 20 Millionen Euro Zinsen hätten gespart werden können.

Liebe CDU-Fraktion, diese Transaktion haben Sie vorgenommen, um im Vorwahljahr 2007 über 170 Millionen Euro Nachforderungen des Senats zu finanzieren, um die Gesamtausgaben um 4 Prozent zu steigern – das sind 300 Millionen Euro mehr als die Vorgabe des Finanzplanungsrates – und dennoch symbolisch 1 Million Euro Altschulden zu tilgen und das falsche Bild eines ausgeglichenen Haushalts in Ihren Wahlkampfbroschüren zu drucken. Herr Finanzsenator – ich könnte auch sagen, Herr Landesvorsitzender der CDU –, das war eine Haushaltsmanipulation auf Kosten der Steuerzahler zur Wählertäuschung im Wahlkampf der CDU.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Hamburg hatte in den vergangenen Wochen einen Finanzsenator, den einzigen Finanzminister in ganz Deutschland, der in jede Kamera lächelte und erklärte, er habe genug Geld. Anders als die von uns vorgeschlagene Abschaffung der Bildungsgebühren können nach seiner Darstellung die um ein Vielfaches höheren Kosten des schwarz-grünen Koalitionsvertrags angeblich allein durch einige Umschichtungen in einem soliden Haushalt finanziert werden. Die grüne Basis hat es Ihnen jedenfalls geglaubt. Wir sind im Zweifel, dass dieses so einfach möglich ist und erwarten mit Spannung die Haushaltsberatungen, in denen CDU und GAL die zahlreichen Fragen zur Finanzierung Ihrer Politik beantworten müssen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Als Nächster hat Herr Kerstan das Wort.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach der Wahl eines neuen Senats heute in diesem Hause und den Debatten über die schlimmen Vorfälle am 1. Mai ist das natürlich ein Thema, das ein bisschen verwundert, warum das heute debattiert wird. Aber ich bin ganz dankbar, dass wir heute darüber reden, weil dieser Rechnungshofbericht über den Haushaltsverlauf letztendlich eine gute Schlussbilanz der Haushaltsführung des alten Senats darstellt

(Heiterkeit bei der SPD – *Dr. Andreas Dresel SPD:* So einfach machen Sie es sich!)

– ich weiß gar nicht, was daran so lustig ist –, und man daran auch sehen kann, was die Aufgaben

des neuen Senats sind und welche Aufgaben jetzt welcher Situation geschuldet sind.

Womit meine Fraktion überhaupt kein Problem hat, ist das Prinzip einer nachhaltigen Finanzpolitik, ein urgrünes Thema, bei dem es darum geht, auch nachfolgenden Generationen ein lebenswertes Leben zu eröffnen. Das haben wir Grünen im Bereich der Umwelt als Gründungsthema gehabt und haben diesen Bereich auch im Bereich der Haushaltspolitik erweitert, weil die Lebensbedingungen zukünftiger Generationen nicht nur von einer intakten Umwelt abhängig sind, sondern auch von den zur Verfügung stehenden Mitteln, um eine Daseinsvorsorge und ein lebenswertes Leben für alle sicherzustellen. Insofern haben wir auch mit dem von dem CDU-Senat, damals noch mit absoluter Mehrheit regierenden Postulat einer möglichst weitgehenden Schuldenfreiheit, dass in Zukunft die Haushalte aus Betriebsüberschüssen und zum Teil auch aus Erwirtschaftung aus anderen Feldern erbracht werden müssen, überhaupt kein Problem.

(*Ingo Egloff SPD:* Unternehmensverkauf!)

Insofern kann man anhand dieses Berichts sehen, wie die Lage im Moment ist. Herr Tschentscher hat das eben gut dargestellt.

(*Michael Neumann SPD:* Den Namen müsst Ihr Euch merken!)

Wir haben eine Situation, in der in den nächsten Jahren ein Haushaltssaldo in Höhe von 1,6 Milliarden Euro auflaufen wird. Sie haben auch die Frage gestellt, welche Kosten denn der neue Koalitionsvertrag dieser Stadt aufbürden wird. In der Summe liegen wir dort pro Jahr im 100-Millionen-Euro-Bereich. Im Wesentlichen sind das die Bereiche Schule und Kinderbetreuung, also Zukunftsaufgaben, die gerade auch zur Überwindung der sozialen Spaltung in dieser Stadt von existenzieller Bedeutung sind,

(Beifall bei *Dr. Eva Gümbel* und *Andreas Waldowsky, beide GAL*)

sodass man sagen kann, dass zumindest dieser neue Senat die Schwerpunkte richtig gesetzt hat, um die Zukunft in dieser Stadt zu bewältigen. Ich hörte aus Ihren Ausführungen, was jetzt passiert, sei doch alles nur unter Finanzierungsvorbehalt. Wenn wir dort ein Programm vereinbart haben, das ungefähr 100 bis 110 Millionen Euro pro Jahr vorsieht und sagen, dass wir das durch Umschichtungen aus dem Haushalt erwirtschaften, dann bin ich ein bisschen überrascht, dass Sie sagen, wie das möglich sein kann, obgleich Sie doch selber – Sie haben die Wahlkampfführung der CDU angesprochen – einen Wahlkampf geführt haben, wo Sie nach eigenen Aussagen 250 Millionen Euro pro Jahr an Zusatzausgaben vorsehen wollten.

(*Dr. Michael Naumann SPD:* Nein, falsch! Über vier Jahre!)

(Jens Kerstan)

Nach unseren Berechnungen wären das ungefähr 350 Millionen Euro. Herr Rose zeigt gerade vier, ich weiß nicht, ob das sogar 400 Millionen Euro bedeuten soll.

(Michael Neumann SPD: Jens, Du weißt es doch besser!)

Überrascht wäre ich darüber nicht, wenn das bei Ihrer Rechnungsführung der Fall wäre. Aber wenn Sie sich selber zutrauen, im Hamburger Haushalt 250 Millionen Euro durch Umschichtungen bereitzustellen, dann bin ich relativ sicher und auch relativ gelassen, dass es uns gelingen wird, in diesem Bereich 100 Millionen Euro durch Umschichtung bereitzustellen. Deshalb, meine Damen und Herren, sind wir in diesen Punkten nicht soweit auseinander, was vielleicht für Sie ein bisschen traurig ist, aber, ich glaube, dass das eine gute Startvoraussetzung für diesen Senat ist.

Wahr ist, dass wir in den nächsten Jahren ohne Neuverschuldung auskommen wollen, was angesichts der konjunkturellen Lage und weil wir im Moment Haushaltsüberschüsse im Betriebshaushalt erwirtschaften, keine absurde Forderung und auch nicht außerhalb der Möglichkeiten ist. Wenn ich mir die Anmeldung für den Haushalt 2008/2009 der Behörden anschau, habe ich den Eindruck, dass nicht bei allen Behördenleitungen angekommen ist, dass eine solche Proklamation dann auch Konsequenzen haben muss.

(Michael Neumann SPD: Das ist ja wie in Berlin! Der hat die Spenderhosen an!)

Das wird in der Tat in den Haushaltsberatungen der nächsten Jahre eine große Herausforderung werden. Das, was wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, sind neben den gesetzlichen Verpflichtungen die Dinge, für die in jedem Fall Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Die Bereiche, in denen Haushaltsreste vorhanden sind oder gemeinsame Beschlüsse, die wir im letzten halben Jahr gefasst haben, wo meine Fraktion zugestimmt hat, die CDU, aber zum Teil auch die SPD, die bisher noch nicht angefangen wurden, wo im Moment auch noch keine Haushaltsverpflichtungen entstanden sind, müssen auf den Prüfstand kommen.

(Dr. Michael Naumann SPD: U 4!)

Ich wage die Prognose, dass dann das eine oder andere Projekt, das wir alle teilweise gemeinsam vereinbart haben, in Zukunft vielleicht unter der neuen Prioritätensetzung dieses Senats nicht mehr durchgeführt wird.

Insofern möchte ich meinen Beitrag mit dem Satz des Rechnungshofs schließen, der sagte: Es wird eine große Aufgabe bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2008 und 2009 sein,

(Dr. Andreas Dressel SPD: 2009/2010!)

die vorangestellten Ziele umzusetzen. Dazu gehört dann auch eine vernünftige Finanzplanung 2008 bis 2012. Meine Fraktion, deren Nachhaltigkeit ein wichtiges Anliegen ist, wird in diesen Bereichen auch auf die notwendigen Ernsthaftigkeiten und Konsequenzen dringen, damit es da nicht nur bei Proklamationen bleibt. Ich bin mir sicher, dass wir alle gemeinsam im Laufe dieses Jahres bei der Aufstellung des nächsten Haushalts mit diesem Thema noch sehr viel Freude haben werden.
– Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat jetzt Herr Kruse.

Rüdiger Kruse CDU:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Michael Neumann SPD: Das ist die erste Unwahrheit!)

Ich freue mich natürlich, dass Sie uns zum Abschluss dieses sonnigen Tages – erst dieses Kaiserwetter draußen, dann das fulminante Bürgermeisterwahlergebnis – noch einmal die Gelegenheit gegeben haben, die letzten Jahre Revue passieren zu lassen. Das ist ja auch ganz spannend. Früher war es so, dass man bei einer Sache sicher sein kann, was eine neue Regierung tut, wo sie die alte übertrifft, nämlich im Schulden machen. Das war landauf, landab so üblich in dieser Republik. Ich sage gar nicht, dass die CDU das nicht auch gemacht hätte – man schaue nur nach Berlin –

(Dr. Michael Naumann SPD: Das sage ich dem Diepjen!)

und unter dem Strich können Sozialdemokraten das grundsätzlich besser, aber Schulden machen war ganz üblich. 2001 tritt also ein neuer Senat, ein neuer Bürgermeister eine ganz neue Richtung an

(Michael Neumann SPD: Stimmt, mit Schill war das eine ganz neue Richtung!)

und sagt ganz klar Konsolidierung. Wolfgang Peiner hat dieses Wort in die Herzen jedes einzelnen Abgeordneten eingebrannt.

(Dr. Michael Naumann SPD: Aber der Senat hat es nicht gehört!)

- Herr Naumann, was heißt hier hören? Haushaltsrecht ist Parlamentsrecht. Das hat auch Herr Peiner immer sehr schön im Haushaltsausschuss betont und das müssen wir uns auch heute wieder vergegenwärtigen. Es ist unsere Aufgabe, darauf zu achten. Mir ist aus der Betrachtung der Vergangenheit natürlich klar, dass wir von der Opposition nicht erwarten können, dass sie uns dabei hilft, den Haushalt weiter zu konsolidieren, weil nicht nur in Wahlkampfversprechen – das ist ja noch lässlich –,

(Rüdiger Kruse)

sondern auch in der Vergangenheit hat sie immer gerne Forderungen aufgestellt haben, aber nie Gegenfinanzierungen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Stimmt doch gar nicht!*)

Nun kam man sagen, Konsolidierung kann man leicht machen, wenn man sonst nichts anderes vorhat. Der Ole-von-Beust-Senat und auch der neue schwarz-grüne Senat sind Senate mit sehr vielen Projekten. Das hat es vorher so nicht gegeben. Die Dynamik, die sich in dieser Stadt entwickelt hat – und Sie müssen sich einmal überlegen, den Gleichklang Konsolidierung und wachsende Stadt zu machen –,

(*Michael Neumann SPD: Sie schaffen es sogar, Politikverdrossenheit in mir zu wecken!*)

ist schon eine großartige Gesamtleistung.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie sagen, dass das Ihre großartige Gesamtleistung ist, dann geht das in den Bereich von Hyperaktivität. Da sollten Sie Ihren Haushaltssprecher, der vom UKE kommt, um Hilfe bitten.

Auf jeden Fall hat es mich sehr gefreut, dass Herr Kerstan das Thema angerissen hat. Die Schnittmenge im Bereich der Haushaltspolitik zwischen Schwarz und Grün ist eben erheblich höher als mit Ihnen. Das liegt daran, dass wir beide der Nachhaltigkeit verpflichtet sind. Sie haben natürlich recht, dass das Geld kostet, wenn man neue Projekte vereinbart.

(*Dr. Michael Naumann SPD: Was wir nicht haben!*)

– Richtig, Sie haben begriffen, dass man Geld nicht beliebig vermehren kann. Schön, dass Sie das gelernt haben.

Was man aber auch braucht, wenn man den Mut zu neuen Projekten hat, ist, dass man auch Prioritäten setzen muss. Genau das ist es, was Herr Kerstan gesagt hat und es wird Aufgabe dieses Parlaments sein, und auch der Regierungsfraktion, darauf zu achten, dass diese Haushaltskonsolidierung weiter fortgeführt wird. Das bedeutet gegebenenfalls, dass Prioritäten gesetzt werden müssen und wir werden den Mut haben, dieses zu tun.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und bei *Andreas Waldowsky GAL*)

Zum Bericht des Rechnungshofs. Es ist üblich und war immer schon so, dass der Rechnungshof die Regierung begleitet, kritisiert und ermahnt. Nun kommen wir mal zu einem Unterschied. Früher war es bei den Sozialdemokraten so üblich, dass der Rechnungshof die Sozialdemokratie ermahnt hat, auf den Pfad der Tugend zurückzukehren. Uns ermahnt der Rechnungshof, auf dem richtigen Weg

zu bleiben – das können Sie so nachlesen – und das ist ein großer Erfolg.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD: Gibt es eigentlich zwei Berichte?*)

– Nein, aber es gibt nur eine Art und Weise, ihn zu lesen.

Was mich aus den Koalitionsverhandlungen sehr zuversichtlich stimmt, ist, dass in den Koalitionsverhandlungen, egal um welche Punkte es ging, dieser Konsens immer ganz klar war: Wir lassen nicht ab von diesem Ziel, den Haushalt zu konsolidieren. – Danke sehr.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren, das Wort erhält Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muss gleich einräumen, dass ich etwas anderes gelesen haben muss als der Sprecher von der CDU eben vorgebracht hat.

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Kann ja sein, dass Sie das falsche Papier haben!*)

Ich würde Sie doch ersuchen, sich im Verlauf der Diskussion zunächst noch einmal auf den Anlass einzulassen, denn wir haben einen Sonderbericht des Landesrechnungshofs zur Situation der öffentlichen Finanzen. Ich stimme ausdrücklich dem zu, was Herr Tschentscher von der SPD gesagt hat. Offensichtlich ist der Hintergrund – und wir begrüßen das –, dass der Landesrechnungshof von der großen Sorge beherrscht war, dass die historische Chance für eine nachhaltige Verbesserung der finanzpolitischen Handlungsfähigkeit verspielt werden könnte. Gerade in der Situation, in der wir uns Anfang des Jahres befanden oder jetzt noch befinden, muss die Sanierung der öffentlichen Finanzen in Hamburg ins Zentrum gerückt werden. Soweit ist das in Ordnung. Das ist die zurückhaltende Botschaft in dem Sonderbericht.

Auf der begleitenden Pressekonferenz war der Präsident Meyer-Abich meines Erachtens weniger zurückhaltend. Er mahnte nämlich etwas deutlicher einen Kassensturz an, weil der Finanzsenator der Hansestadt trotz positiver Überschüsse in den Betriebshaushalten 2006 und 2007 in der Haushaltsplanung, die vor allen Dingen mehrere 100 Millionen Euro in der zweiten Jahreshälfte 2007 nicht eingestellt oder berücksichtigt habe. So zunächst die Kritik auf der Pressekonferenz und deshalb die Forderung nach einem Kassensturz. Ich möchte an der Stelle für meine Fraktion drei Punkte festhalten mit Blick auf die Arbeit des Landesrechnungshofs.

Erstens: Von einem Landesrechnungshof hätte man – jedenfalls sehen wir das so – auch ange-

(Dr. Joachim Bischoff)

sichts der Bedeutung der öffentlichen Finanzen erwarten können, dass er diese Sorge und Einschätzung um die öffentlichen Finanzen drei oder vier Wochen vorher vorlegt, also vor dem Wahltermin, sodass der Souverän dieser Stadt die Chance gehabt hätte, diese Ohrfeige, die dieser Bericht für die Finanzführung des CDU-Senats darstellt, in seinem Wahlurteil zu berücksichtigen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Zweitens: An den Zielsetzungen des Landesrechnungshofs gemessen, war der Versuch, die Koalitionsverhandlungen zu beeinflussen, offensichtlich folgenlos. Wenn man sich den Koalitionsvertrag anguckt – jedenfalls ist das unsere Sicht –, so finden sich darin keine belastbaren finanzpolitischen Aussagen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Man kann mit anderen Worten auch sagen, dass das Engagement von wirklich wichtigen Instanzen, der Behörde dieser Stadt, auch nachfolgend in den Koalitionsverhandlungen mit Missachtung bestraft worden ist.

(Dr. Michael Naumann SPD: So ist es! – Antje Möller GAL: Das ist aber eine eigenwillige Interpretation!)

– Das habe ich ja gesagt: Es ist die Interpretation, die wir in der Fraktion dazu haben. Die müssen Sie nicht teilen.

Drittens: Ich bin natürlich nach dem, wie die CDU sich dazu verhalten hat, irritiert. Aber wenn sie diese Kritik wirklich nur einen Funken ernst nehmen würde, dann müsste der Bürgerschaft umgehend ein Nachtragshaushalt beziehungsweise eine aktualisierte Finanzplanung bis 2011 vorgelegt werden. Sie sehen ja, wie aufmerksam der Finanzsenator dieser Debatte folgt. Ich glaube, wir werden uns das auch kneifen können. Das heißt, die gesamte Arbeit des Landesrechnungshofs und das, was damit eigentlich beabsichtigt war, ist erst einmal in den Papierkorb gelangt.

Ein paar Punkte in derselben Richtung wie von der SPD vorgetragen. Was ist denn das Problem? Das erste Problem ist, dass wir offenkundig ganz massive Überschüsse in den letzten beiden Jahren gehabt haben. Trotzdem haben wir in der mittelfristigen Finanzplanung ein Haushaltsdefizit von 1,6 Milliarden Euro zu erwarten. Der Finanzsenator hat das wenigstens vor der Presse eingeräumt, dass ihm die 800 Millionen Euro, die dann in der zweiten Hälfte ausgegeben wurden, in diese Finanzplanungen nicht eingestellt worden sind. Dass der Finanzsenator dazu sagt, das hätte die Bürgerschaft einstimmig beschlossen und insofern sei er da nicht ganz verantwortlich,

(Dr. Michael Naumann SPD: Das ist ein Ding!)

finde ich ein tolles Ding, dass er damit die Lücken in der Finanzplanung entschuldigt.

Zu den strukturellen Risiken des Haushaltes kommt für die ganze Legislaturperiode dieses bereits enorme Volumen an Ausgabenresten hinzu, sodass wir in den nächsten Jahren erhebliche Probleme haben werden, diesem von Herrn Kerstan angesprochenen Grundsatz der nachhaltigen Haushaltsführung Folge leisten zu können.

(Dr. Michael Naumann SPD: Da lacht Herr Kerstan!)

Richtig ist auch, dass der Landesrechnungshof darauf hingewiesen hat, dass eigentlich die sogenannten Leuchtturmprojekte in diesen Kassensturz mit einbezogen werden müssten. Sie haben die U 4 angesprochen. Da könnte man jetzt noch einiges andere machen, aber den wichtigen Punkt, den ich ergänzend zu Ihrer Kritik sagen will, ist, dass in dem Sonderbericht des Rechnungshofs steht:

"Bereits im Planungs- und Entscheidungsprozess muss zudem Gewicht auf die Quantifizierung der Folgekosten gelegt werden, um auch die langfristigen Wirkungen von Investitionen auf die Strukturen künftiger Haushalte sachgerecht beurteilen zu können."

Ich glaube jedenfalls, dass das beispielsweise bei der Elbphilharmonie nicht gemacht worden ist. Das heißt, dass wir einige Projekte darin haben, die die künftige Haushaltsführung rückwirkend – ganz egal, dass sie auch noch finanziell explodieren und ihr Wert sehr wohl infrage gestellt werden kann – erheblich belasten werden.

Zusammenfassend kann man sagen – Herr Kerstan, Sie werden sehen, wo da die grüne Handschrift bleibt –, dass die Haushalts- und Finanzpolitik des vorigen Senats schlichtweg unseriös war.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – *Dr. Michael Naumann SPD: So ist es, unhamбургisch, unhanseatisch, unsolide!*)

Den LINKEN wirft nun gerade diese Fraktion immer vor, wir könnten überhaupt nicht mit Geld umgehen. Leider haben wir die Diskussion zu den "LINKEN" Wirtschaftskonzepten, die Sie angemeldet haben, neulich nicht führen können. Ich möchte jedenfalls für unsere Fraktion feststellen, dass Sie nicht die einfachsten Grundregeln des Ehrbaren Kaufmanns von Hamburg beherrschen, weil Sie den Haushalt sonst so nicht vorlegen könnten.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Also noch einmal die Aufforderung an Sie: Wenn Sie die Kritik dieses Landesrechnungshofs ernst nehmen, dann legen Sie demnächst einen Nachtragshaushalt vor oder eine überarbeitete Finanz-

(Dr. Joachim Bischoff)

planung. Das sind Sie dem Landesrechnungshof und dieser Bürgerschaft schuldig.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – *Dr. Michael Naumann SPD: So ist es!*)

Es gibt allerdings – das möchte ich abschließend sagen – von unserer Fraktion auch einen grundsätzlichen Dissens mit den Argumentationen des Landesrechnungshofs. Im Sonderbericht wird behauptet, dass der entscheidende Grund für die Finanzierungsdefizite die expansive Finanzpolitik sei. Aus der Argumentation der expansiven Finanzpolitik der letzten Jahrzehnte ergibt sich dann konsequent immer die Aussage über die sattem bekannte Sparpolitik. In welchen Bereichen sich das niederschlägt, kennen wir zur Genüge. Insofern begrüßen wir zwar den Rechnungshofbericht, aber nicht die Politik, die daraus folgt. Es heißt dort:

"Dauerhafte Konsolidierung bedeutet nicht nur den Abbau der Neuverschuldung auf Null, sondern insbesondere auch die Vorsorge für Zeiten wirtschaftlichen Abschwungs und den schrittweisen Abbau der entstandenen Verschuldung."

Soweit okay. Aber Finanzierungslücken – so der Landesrechnungshof – müssen durch Ausgabenverzichte geschlossen werden. Hauptansatzpunkte für Konsolidierung bleiben ausgabenwirksame Leistungen, Standards und Rechtsverpflichtungen des Staates, also Hamburg und das möchte ich hier doch zu Protokoll geben.

Die These, dass wir aus dieser großen Verschuldung und den Konsequenzen einer sozial gespaltenen Stadt durch eine Konsolidierungspolitik herauskommen, ist umstritten; ich erläutere Ihnen kurz meine Argumentation. Erst in den letzten Jahrzehnten setzte eine Veränderung in der Entwicklung ein, nämlich eine konsequente und radikale Steuersenkungspolitik. Die große Frage ist, ob wir den dahinterstehenden und vorangebrachten Steuersenkungswettbewerb weiterbetreiben können oder ob das nicht der eigentliche Kern des Problems ist.

Im OECD-Bereich, nicht nur in Hamburg, hatten wir eine Tendenz zur Senkung der Unternehmens- und Vermögensteuer sowie der Spitzensteuersätze bei der Einkommensteuer. In den ersten Nachkriegsjahrzehnten, den Jahrzehnten des New Deals oder des sozial regulierten Kapitalismus, hatten wir – im Übrigen bei einmaligen Akkumulationsraten des Kapitals – eine völlig andere Grundkonstellation. Der Spitzensteuersatz betrug in den USA in der ersten Amtszeit von Roosevelt 63 Prozent, in der zweiten 79 Prozent und Mitte der Fünfzigerjahre 91 Prozent.

(*Jens Grapengeter CDU: Das war vor 72 Jahren!*)

– Das können Sie gerne nachschauen.

Der Erbschaftsteuersatz, über den wir reden, lag in der Nachkriegsperiode bei 77 Prozent. Das heißt, faktisch ist der Großteil der Unternehmens- und Vermögensbesteuerung damals bei massiver Kapitalakkumulation weggesteuert worden. Von dieser Logik sind wir durch einen Steuersenkungswettbewerb runter und das ist unser Kernproblem.

Schauen wir uns die letzten sieben Jahre an. Wir hatten eine Steigerung der Ökonomie, also des Volkseinkommens, von 2000 bis 2007 von circa 300 Milliarden Euro. Wenn Sie sich angucken, wie das verteilt worden ist, dann sind 73 Prozent für die Unternehmens- und Vermögenseinkommen weggegangen und 27 Prozent für die Lohnabhängigen übrig geblieben. Sie können sich vorstellen, welche Konsequenzen das für Renten und andere Lohnersatzzahlungen oder auch für die öffentlichen Einnahmen hatte. Wenn Sie das so weiterlaufen lassen, dann haben wir das Problem, das wir heute haben: Der Staat ist arm und hat nicht genügend Einnahmen, um seinen Aufgaben Rechnung tragen zu können.

Deshalb – das möchte ich hier noch einmal deutlich sagen – kommt für uns die Lösung des Problems, einfach weiter eine Sparpolitik zu betreiben, nicht infrage, sondern wir müssen das umkehren

(Beifall bei der LINKEN)

und über eine sinnvolle Erhöhung der Einnahmen diskutieren.

Abschließend will ich Ihnen eines ins Stammbuch schreiben:

(*Jens Grapengeter CDU: Wen interessiert denn das, was Sie schreiben!*)

Der Landesrechnungshof hat gerade festgestellt, dass die Steuervollzugspraxis auch in Hamburg katastrophal ist. Das heißt, Sie garantieren weder hier noch an anderer Stelle der Stadt rechtsstaatliche Verhältnisse.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wenn Sie sich bemühen würden, eine rechtsstaatliche Praxis bei den Steuereinnahmen der niederen Sätze zu haben, dann würde diese Stadt auch über andere Ressourcen verfügen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort erhält Finanzsenator Dr. Freytag.

Senator Dr. Michael Freytag: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erstens hat Hamburg aus eigener Kraft einen ausgeglichenen Gesamthaushalt, zweitens machen wir seit 2007 keine Schulden mehr

(Beifall bei der CDU)

(Senator Dr. Michael Freytag)

und drittens beginnen wir mit der Tilgung der Alt-schulden. Dafür werden wir in ganz Deutschland beneidet.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD: Der Wahlkampf ist vorbei! – Dr. Michael Naumann SPD: 20 000 Jahre brauchen Sie!*)

Der Rechnungshof hat in seinem Petitem ausdrücklich gewürdigt, dass der Stopp der Neuverschuldung ein richtiges Element bei der Sanierung der Haushalte ist. Der Rechnungshof hat sehr deutlich darauf hingewiesen, dass die Situation der Altverschuldung, die massiv dafür verantwortlich ist, dass wir nach wie vor so hohe Zinsverbindlichkeiten haben, unser größtes Problem ist; da stimme ich dem Rechnungshof ausdrücklich zu. Aber die Altschulden, meine Damen und Herren von der SPD, sind nicht vom Himmel gefallen, die haben Sie uns hinterlassen.

(Beifall bei der CDU – *Ekkehart Wersich CDU: Hört, hört!*)

Lassen wir doch die Fakten sprechen. 1970 hatten wir, schon umgerechnet, eine Verschuldung von 1,8 Milliarden Euro. In 30 Jahren SPD-Regierung haben Sie diese Verschuldung verzehnfacht. Sie haben von 1970 bis 2001 jeweils im Zehnjahreszeitraum die Verschuldung verdoppelt und damit auch die dramatische Zinsbelastung verursacht, die uns heute noch umtreibt. Sie haben uns eine Erblast hinterlassen, an der die Folgegenerationen bitter tragen müssen. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde es ganz schön drollig, wenn sich insbesondere SPD-Sprecher hinstellen und so tun, als hätten sie damit nichts zu tun. Herr Tschentscher hat hier seine Haushaltsjungferrede gehalten, und Sie müssen doch eines sehen: Die Altlasten müssen wir jetzt langsam abbauen, obwohl wir durch den Länderfinanzausgleich zusätzliche Zahlungen leisten müssen. Trotzdem können wir aus eigener Kraft den Haushalt ausgleichen. Was heißt aus eigener Kraft?

(*Dr. Michael Naumann SPD: Verkaufen!*)

Aus eigener Kraft den Haushalt ausgleichen heißt zunächst einmal, im Investitionshaushalt keine neuen Schulden zu machen, heißt insbesondere aber, im Betriebshaushalt nicht nur keine Defizite mehr zu machen, sondern große Überschüsse zu erwirtschaften und das haben wir erreicht. Seit 2005 haben wir einen ausgeglichenen Betriebshaushalt, der letztes Jahr so weit saniert war, dass wir über 700 Millionen Euro Überschüsse hatten, die wir nun natürlich auch verteilen können, also für Ausgaben vorsehen, die wir gemeinsam als Parlament beschließen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Gemeinsam haben wir das nicht beschlossen!*)

Ich sage Ihnen einmal, wie die Realität war, als Sie noch regiert haben. In 2001, dem letzten Jahr des SPD-geführten Senats, hatten wir 700 Millionen Euro Defizit im Betriebshaushalt und 823 Millionen Euro neue Schulden. Wir haben jetzt null neue Schulden; das unterscheidet uns. Sie hatten katastrophale Zahlen, wir haben den Haushalt in sechs Jahren so weit saniert, dass wir jetzt Überschüsse im Betriebshaushalt erzielen, mit denen wir die Investitionen dieser Stadt bezahlen, ohne neue Kredite aufzunehmen.

(*Michael Neumann SPD: Sie haben soviel Tafelsilber verscherbelt wie noch keiner vor Ihnen!*)

Natürlich ist eines richtig: Wir haben noch nicht so viele Überschüsse im Betriebshaushalt, um alle Investitionen bezahlen zu können. Dafür greifen wir auf Rücklagen zurück oder auch auf den Grundstock für Grundstücke, sodass wir aus altem Vermögen neues Vermögen machen. Uns unterscheidet, dass wir, wenn wir beispielsweise die Erlöse verkaufter Behördengebäude dafür einsetzen, neue Investitionen ohne neue Schulden zu tätigen. Das heißt, aus altem Vermögen wird neues Vermögen gemacht. Das sichert die Substanz auf Dauer, indem man neue Investitionen aus eigener Kraft zahlt. Genau das ist eine solide Haushaltspolitik.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde es geradezu drollig, wenn Herr Tschentscher sich hinstellt und meint, das sei zu beanstanden. Herr Tschentscher, eine Vermögensmobilisierung ist dann nicht zu beanstanden, wenn das Vermögen anschließend noch da ist,

(*Michael Neumann SPD: Wo ist es denn? – Dr. Michael Naumann SPD: Was weg ist, ist weg, das wissen Sie genau!*)

nämlich in Form von neuen Schulen, Straßen, Hochschulen. Es ist nicht zu beanstanden, wenn beispielsweise über einen Börsengang 30 Prozent der HHLA veräußert werden und der Veräußerungserlös für die Hafeninfrastukturinvestitionen verwandt wird. Aus altem Vermögen wird neues gemacht, das heißt, das alte Vermögen wird dauerhaft für die Folgegeneration gesichert; das ist Zukunftshaushaltspolitik.

(Beifall bei der CDU)

Die SPD hat natürlich auch viele Vermögensmobilisierungen gemacht. Zwischen 1990 und 2000 haben Sie Vermögen der Stadt, das Tafelsilber, für insgesamt 3,5 Milliarden Euro veräußert und diese 3,5 Milliarden Euro sind vollständig in den Löchern des Betriebshaushalts verschwunden; so vernichtet man Vermögen. Wir vermehren es, Sie vernich-

(Senator Dr. Michael Freytag)

ten es, das ist der Unterschied zwischen SPD und CDU.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Michael Naumann SPD*: Ihre Rede ist auch im dritten Anlauf falsch!)

Ich sage eines ganz klar: Es hat im letzten Jahr Bürgerschaftsbeschlüsse mit weiteren Ausgaben gegeben. Auch solche, die Sie gemeinsam beschlossen haben, bei denen Einstimmigkeit im Parlament geherrscht hat. Eines geht nicht: Sie können nicht einstimmig als Parlament haushaltsrelevante Beschlüsse vollziehen und hinterher, wenn das etwas kostet, sagen, der Senat hat Schuld; das funktioniert nicht. Sie haben das Haushaltsrecht und ich glaube, das Geld ist auch für gute Dinge ausgegeben worden. Im letzten Jahr sind über 100 Millionen Euro für die Elbphilharmonie einstimmig beschlossen worden, für die Umschlagskapazitäten im Hafen, für Eurogate, sind über 135 Millionen Euro, für Fördermaßnahmen, für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im Rahmen des Europäischen Sozialfonds sind 60 Millionen Euro beschlossen worden. Es gibt jede Menge Beispiele bis hin zur Verwendung von Verkaufserlösen des Daimler-Chrysler-Raumfahrtpakets für die Airbus-Landebahn, wo wir einstimmige Beschlüsse hatten. Der eine oder andere hat sich sicherlich enthalten, aber auch dann war dies eine einstimmige Beschlusslage. Und bei den Maßnahmen, die ich zuerst vorgelesen habe, haben sogar alle Parteien mit Ja gestimmt.

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk übernimmt den Vorsitz.)

Wichtig ist, dass Parlament und Senat gemeinsam den Haushalt gestalten und das tun wir auch. All diese Beschlüsse sind gegenfinanziert. Es gibt kein Haushaltsdefizit, es gibt kein Haushaltsloch, weder für die Beschlüsse der letzten Bürgerschaft in ihrer Schlussphase noch wird es ein Haushaltsdefizit für die Beschlüsse geben, die die Koalition in den Haushaltsberatungen auf den Weg bringen wird. Das ist unser Credo und da hat der Rechnungshof Recht: Wir haben eine gute Konsolidierung erreicht – übrigens auch durch Sparmaßnahmen. Durch die Jesteburg-Beschlussrunden haben wir nicht nur mehr Steuereinnahmen, sondern tatsächlich 500 Millionen Euro jährlich bei den Ausgaben eingespart, die es uns jetzt erleichtern, ausgeglichene Haushalte vorzulegen.

Meine Damen und Herren! Wir werden in der Bundesrepublik Deutschland durchaus um unsere Haushaltssituation beneidet,

(*Dr. Michael Naumann SPD*: Stimmt nicht!)

denn wir zahlen auch noch Länderfinanzausgleichsmittel in erheblichem Umfang. Allein in den letzten sechs Jahren, mit CDU-Finanzpolitik haben wir über 3 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich zahlen müssen. Das ist Geld, was auch

noch verdient werden muss. Wenn Sie diese Zahlungen in den Länderfinanzausgleich in den Vergleich mit allen Bundesländern einrechnen, dann gibt es vier Bundesländer, nämlich die wichtigsten Zahlerländer, die positive Haushalte haben: Das sind Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg. Alle haben genau wie wir mit großem Erfolg eine Haushaltskonsolidierung betrieben.

Ausgabendisziplin wird auch die nächsten vier Jahre bestimmen. Wir werden von unserem Konsolidierungskurs nicht abweichen und haben gemeinsam vor, die Erfolge dieser Haushaltspolitik, die auch der Rechnungshof in seinem Bericht würdigt – der Rechnungshof will aber noch mehr und das muss er aus seiner Struktur heraus auch einfordern –, fortzusetzen.

(Beifall bei der CDU und bei *Antje Möller GAL*)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat der Abgeordnete Tschentscher.

Dr. Peter Tschentscher SPD: Sehr geehrter Herr Freytag! Zu dieser angeblich unsoliden Finanzpolitik früherer SPD-Senate sei gesagt, dass die Wirtschafts- und Finanzpolitik aus 44 Jahren SPD-Regierungen genau zu den Vermögenswerten geführt hat, die Sie heute leichtfertig verkaufen, um Ihren Defizithaushalt zu finanzieren; Sie haben es doch angesprochen.

(Beifall bei der SPD)

Allein der 30-Prozent-Teilverkauf der HHLA hat über 1 Milliarde Euro in Ihre klammen Kassen gespült und bei Ihren dürftigen Konsolidierungsraten – das hat übrigens Herr Maier im letzten Jahr Herrn Freytag immer vorgerechnet –

(*Olaf Ohlsen CDU*: Aber nicht begriffen!)

brauchen wir keine klugen Sprüche von Ihnen über die SPD-Wirtschafts- und Finanzpolitik, die Hamburg zu einer der erfolgreichsten Wirtschaftsmetropole Europas gemacht hat.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen habe ich in der Debatte selbst erlebt, was erfahrene Abgeordnete mir vorhergesagt haben. Der Finanzsenator ist mit keinem Wort auf die eigentlichen Argumente eingegangen,

(*Kai Voet van Vormizeele CDU*: Was für Argumente?)

auch nicht auf den im Rechnungshofsbericht dargestellten Problemdruck – das ist auch in der Finanzbehördenstellungnahme nicht vernünftig in diesen Rechnungshofsbericht eingegangen –, dass es unsolid und fahrlässig ist, mit Vermögensverkäufen einen defizitären Haushalt zu finanzieren.

(Dr. Peter Tschentscher)

Herr Freytag, Sie reiten mit Ihrer Rhetorik und mit diesem massiven strukturellen Defizit, über das der Rechnungshof redet, auf einer großen konjunkturellen Welle. Wenn die abbricht, dann werden Sie hart aufs Pflaster schlagen, dann werden Sie Ihre Rhetorik umstellen und von Haushaltsnotlage sprechen – das befürchten wir – und dann wird es schmerzhaft Einschnitte geben.

Welche Bürgerinnen und Bürger diese schmerzhaften Einschnitte zu spüren bekommen werden, das wage ich vorherzusagen. Ich will es einmal so formulieren: Der Rechnungshof ist eine politisch neutrale und unabhängige Einrichtung, die sich dafür einsetzt, dass Einnahmen und Ausgaben ins Lot kommen. Für die Bürgerinnen und Bürger ist aber eine zweite Frage wichtig, die über die Gesamtbilanz des Haushalts hinausgeht. Es geht nämlich darum, für welche Interessen Geld ausgegeben wird und wer am Ende die Kosten trägt und da besteht in der Finanzpolitik der CDU eine Tendenz, die uns nicht gefällt. Die CDU lobt sich gerne, sie könne selbst am besten mit Geld umgehen.

(Harald Krüger CDU: Stimmt!)

Sie gehen vor allem mit dem Geld derjenigen, die wenig haben, routiniert um und das haben wir erlebt.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben den SAGA-Mietern mal eben 500 Millionen Euro aus der Tasche gezogen, Familien mit Kindern zur Kasse gebeten mit Gebühren für Kitas, Vorschule, Büchergeld, pädagogischem Mittagstisch, Studiengebühren.

(Robert Heinemann CDU: Unsinn!)

Wenn es um ein HVV-Sozialticket geht oder um Kuren für chronisch kranke Kinder, dann rechnen Sie mit spitzem Bleistift. Mit Millionensummen für Fehlkalkulationen und Nachforderungen bei Prestigeprojekten gehen Sie locker und spontan um. Das ist bei uns anders und das werden wir auch in den kommenden Haushaltsberatungen deutlich machen.

Herr Freytag, Sie haben in der Debatte wiederholt, Sie hätten kein Defizit, so steht es auf Seite 15 Ihres Wahlprogramms.

(Dr. Michael Naumann SPD: Gespenstisch! – Uwe Grund SPD: Manchmal glaubt er es selber!)

Bis vor Kurzem hat die Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Bund-Länder-Finanzbeziehung auf eine Antwort aus Hamburg gewartet, wie sich denn die Finanzsituation in Hamburg darstelle. Alle haben geantwortet, Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, aber von Hamburg keine Angaben. Dann geht es weiter zur nächsten Tabelle. Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen haben geantwortet,

von Hamburg keine Angaben für die Kommission zur Bund-Länder-Finanzbeziehung.

Dann kam der 24. Februar, der Tag der Wahl, und am 25. Februar ist der Finanzbehörde aufgefallen, dass sie ein Defizit hat. Am 26. Februar ging ein Schreiben der Finanzbehörde an die Kommission zur Abfrage der Entwicklung der öffentlichen Verschuldung, in der sie um Entschuldigung für die Verzögerung bat und da stellte sich heraus, dass das Finanzierungsdefizit der Freien und Hansestadt Hamburg 266 Millionen Euro betrug. Das gab die Finanzbehörde zwei Tage nach der Hamburg-Wahl zu, ein Schreiben, Herr Freytag, aus Ihrer Behörde.

(Dr. Michael Naumann SPD: Die werden alle entlassen! – Gegenruf von Kai Voet van Vormizeele CDU: Die Naumannsche Haushaltspolitik!)

Bevor ich es vergesse, darf ich noch etwas richtigstellen. Die 250 Millionen Euro, Herr Kerstan, die wir im Wahlkampf thematisiert haben, waren für vier Jahre gerechnet. Wenn Sie uns jetzt darlegen, dass Ihr schwarz-grüner Koalitionsvertrag ein Schnäppchen mit 100 Millionen Euro sei, dann macht es die Haushaltsberatungen vielleicht leichter.

Ich möchte aber noch zu einem letzten Punkt kommen, auf den Herr Freytag wieder nicht eingegangen ist. Herr Freytag, Sie haben im Rechnungshofsbericht – nehmen Sie das doch bitte einmal zur Kenntnis und antworten Sie darauf – gesagt bekommen, dass Sie im Jahr 2006 eine Haushaltsmanipulation vorgenommen haben mit einem unnötigen Kredit von 500 Millionen Euro, um dies in der allgemeinen Rücklage zu parken und daraus im Vorwahljahr 2007 Ihre unsolide Finanzpolitik gegenüber den Wählern zu verschleiern. Die Zinszahlungen hierfür betragen nach Angabe des Rechnungshofs – das denken wir uns doch nicht aus – allein 20 Millionen Euro pro Jahr. Sie werden sagen, später hätten wir den Kredit sowieso gebraucht, so defizitär, wie unsere Haushalte sich weiter entwickeln. Aber allein die vorgezogene Kreditaufnahme kostet den Steuerzahler 20 Millionen Euro. Selbst wenn man die Erträge aus dieser allgemeinen Rücklage noch gegenrechnet – Zinserträge aus kurzfristigen Geldanlagen und was auch immer – und wenn diese Erträge die Ausgangskreditzinsen auch nur um 0,5 Prozent unterschreiten, dann ergeben sich immer noch Kosten von 2,5 Millionen Euro, die der Steuerzahler exklusiv für Ihren Wahlkampf aufbringen muss. Vielleicht zahlen Sie das Geld aus Ihren Parteikassen einfach zurück an den Hamburger Haushalt oder an eine karitative Vereinigung, damit überhaupt jemand außer Ihnen und den Banken etwas von dem Geld hat.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Senator Freytag.

(Uwe Grund SPD: Märchenstunde, zweiter Teil!)

Senator Dr. Michael Freytag: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nun beschweren Sie sich doch nicht, Herr Naumann oder Herr Neumann, wer auch immer,

(Dr. Michael Naumann SPD: Ach, Herr Donnerstag!)

dass ich auf die Rede Ihres Finanzsprechers antworte. Das ist doch Ausdruck des Respekts des Senats gegenüber dem Parlament und das können Sie doch nicht schlecht finden.

Ich nenne nun einmal die Fakten, Herr Tschentscher, wir haben kein Haushaltsloch. Ein Finanzierungssaldo ist kein Haushaltsloch. Wenn man aus eigenen Mitteln den Finanzierungssaldo ausgleichen kann und das können wir, dann hat man kein Haushaltsloch, sondern einen ausgeglichenen Haushalt, und zwar ohne neue Schulden und das ist das, was der Rechnungshof ausdrücklich würdigt. Der Rechnungshof möchte nur, dass am Ende die Überschüsse im Betriebshaushalt so hoch sind, dass wir sämtliche Investitionen damit ohne Rücklagen finanzieren können. Das wollen wir auch und das werden wir am Ende der mittelfristigen Finanzplanung erreichen.

Wir haben Rücklagen gebildet, wir haben aus Grundstücksveräußerungen Gelder eingestellt und werden damit den Haushalt mit eigenen Mitteln ohne neue Schulden ausgleichen. Wissen Sie, welche Finanzierungssalden Sie hatten? Allein zwischen 1990 und 1997 – ich habe aus Gründen der Höflichkeit nur SPD-Alleinregierungszeiten genommen – hatten Sie ein Finanzierungsdefizit von 9,5 Milliarden Euro. Dass Sie sich bei unserem relativ kleinen Finanzierungssaldo, den wir noch aus eigener Kraft wuppen können, hier hinstellen und großspurig die SPD-Finanzpolitik preisen, ist ein Realitätsverlust, der prompt in die Opposition geführt hat. Da gehören Sie nämlich auch hin, und zwar auf Dauer.

(Beifall bei der CDU – Michael Neumann SPD: Das scheint Sie ja getroffen zu haben, Herr Donnerstag!)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Herr Dr. Tschentscher noch einmal.

Dr. Peter Tschentscher SPD: Wenn es jetzt der letzte Wortbeitrag ist, dann ist es doch erträglich.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Zurufe)

Herr Freytag, der letzte nach den Angaben des Rechnungshofsberichts im Finanzierungssaldo ausgeglichene Haushalt ist, wenn ich das richtig erinnere, 1989 unter einem sozialdemokratischen Bürgermeister vorgelegt worden; das waren nicht Sie. Sie haben 2003 das absolute Rekordhoch in der Nachkriegszeit mit 1,9 Milliarden Euro erreicht. Ich will mich aber auf diesem Niveau nicht weiter mit Ihnen streiten.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Nee, das verstehe ich! Verantwortung wollen Sie nämlich nicht übernehmen, Herr Tschentscher!)

– Weil Sie den Rechnungshofsbericht nicht ernst nehmen, weil Sie an der Kernfrage gezielt vorbeizurechnen argumentieren.

Herr Kerstan, da hätte ich auch einen Wortbeitrag von der GAL erwartet, denn Herr Dr. Maier hat 2007 in einem gemeinsamen Antrag von SPD- und GAL-Fraktion immer mit vertreten, dass wir Herrn Freytag nicht damit durchkommen lassen, dass er nur über die Schuldenseite redet, sondern auch die Vermögenserlöse und die Abschreibung der Vermögenswerte mit in die Gesamtkalkulation einbezieht. Das war bisher jedenfalls auch Position der GAL-Fraktion und das sollten Sie im schwarzgrünen Senat Herrn Freytag nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Freytag, ich will Ihnen gerne folgen, dass Sie das für dieses Jahr mit dem Rückgriff in die Rücklagen durch die Vermögensmobilisierung hinbekommen. Laut Bericht des Landesrechnungshofs, den wir zu diskutieren haben, ist aber darauf hingewiesen worden, dass damit am Ende dieses Haushaltsjahres Schluss ist, dass Sie dann nicht weiter hineingreifen können. Sie schütteln jetzt den Kopf, aber ein Teil dieser Diskussion basiert darauf, dass Ihr Bericht aus dem November 2007 mindestens lückenhaft ist; daran kann es keinen Zweifel geben.

Zweitens haben Sie bislang nicht eine Nachbesserung in Aussicht gestellt, sondern führen die alte Auseinandersetzung des Wahlkampfs weiter. Wir wollen aber demnächst die Diskussion darüber, wie Sie das finanzieren wollen, was im Koalitionsvertrag steht. Wir wollen wissen, wie Sie mittelfristig diese Finanzen in Ordnung bringen und – ich will das ausdrücklich noch einmal sagen – wir wollen auf gar keinen Fall, dass die Konsolidierungspolitik zulasten der unteren sozialen Schichten fortgeführt wird. Und wenn Sie jetzt sagen, so und so wird das sein, dann sind wir ganz gespannt darauf, demnächst eine belastbare Vorlage zu erhalten.

(Dr. Joachim Bischoff)

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat der Abgeordnete Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben heute eine merkwürdige Anmeldung vonseiten der SPD, denn letztendlich haben wir heute einen Senat gewählt, der die Politik der nächsten vier Jahre bestimmen wird.

(Dr. Michael Naumann SPD: Ihr habt den gewählt! – Michael Neumann SPD: Das ist doch euer Bürgermeister jetzt!)

Sie führen gerade eine Debatte, in der Sie die Haushaltsführung des alten, mit absoluter Mehrheit regierenden CDU-Senats, bewerten. Da haben Sie diverse Male auf die Ausführungen von Herrn Maier hingewiesen und aus meiner Sicht kann ich nur sagen, dass es richtig ist, was Herr Maier damals zu den letzten vier Jahren gesagt hat, da gibt es nichts hinzuzufügen. Sie haben das offenkundig auch gelesen, also brauche ich es hier nicht zu wiederholen.

Worüber ich mich gerne in Zukunft mit Ihnen auseinandersetzen werde, ist die Finanzpolitik des jetzt gewählten Senats und dann ganz konkret am nächsten Haushalt. Ich lasse mich auch gerne von Ihnen in die Pflicht nehmen, dann zu verteidigen, was gemeinsam verabschiedet wird. Ich lasse mich auch gerne von Ihnen prügeln, wenn Sie meinen, das sei falsch. Aber glauben Sie nicht, dass ich mich jetzt hier hinstelle und eine Verteidigungsrede für die Finanzpolitik des abgewählten,

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD und der LINKEN)

nicht abgewählten, aber des letzten Senats halte.

Insofern verstehe ich Ihre Aufregung überhaupt nicht. Was wir zu den alten Haushalten der letzten vier Jahre gesagt haben, was Herr Maier gesagt hat, bleibt bestehen und wir werden jetzt einen gemeinsamen neuen Haushalt vorlegen. Dann werden auch die Prioritäten des neuen Senats deutlich und dann freue ich mich auf die inhaltliche Auseinandersetzung. Diese rückwärtige Debatte halte ich zum jetzigen Zeitpunkt für nicht sonderlich ergiebig, denn das haben wir in den letzten vier Jahren wirklich mehr als genug getan. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache 19/13 Kenntnis genommen hat.

Dann kommen wir zu den Berichten des Eingabenausschusses.

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 19/138 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 19/139 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 19/140 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 19/141 –]**

Ich beginne mit dem Bericht 19/138. Zunächst zu Ziffer 1.

Hierin sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer möchte diesen folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Diese sind einstimmig angenommen.

Von Ziffer 2 hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Wer möchte das in Ziffer 3 enthaltene Ersuchen beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist einstimmig beschlossen.

Wir kommen zum Bericht, Drucksache 19/139, Ziffer 1.

Hierin sind ebenfalls nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer möchte diesen folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Wer möchte das in Ziffer 2 enthaltene Ersuchen beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist einstimmig angenommen.

Nun kommen wir zum Bericht, Drucksache 19/140.

Wer schließt sich der Empfehlung an, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 179/08 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen.

Ich komme zum Bericht 19/141.

Wer schließt sich den Empfehlungen an, die der Eingabenausschuss zu den Eingaben 590/07 bis 593/07 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich angenommen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 12 b, Dringlicher Senatsantrag zum Haushaltsplan 2007 und 2008, hier: Neu-

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk)

schaffung einer Stelle B 10 im Einzelplan 1.1, Kapitel 1100.

**[Dringlicher Senatsantrag:
Haushaltsplan 2007/2008
hier: Neuschaffung einer Stelle B 10 im Einzelplan 1.1
– Drs 19/236 –]**

Mir ist mitgeteilt worden, dass hierzu aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE gemäß Paragraf 26 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung das Wort begehrt wird. Frau Heyenn, Sie haben das Wort für maximal fünf Minuten.

Dora Heyenn DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben eben über Finanzen gesprochen. Es steht auf der Tagesordnung die Schaffung einer neuen Staatsratstelle. Beobachten der Koalitionsverhandlungen und der Regierungsbildung drängt sich der Eindruck auf, dass Personalfragen wichtiger sind als die inhaltlichen. Während im Koalitionsvertrag von über 80 Prüfungsaufträgen in der Sache die Rede ist, werden für die Posten relativ schnell Pflöcke zügig eingeschlagen. Während alle Maßnahmen im Koalitionsvertrag unter Finanzierungsvorbehalt stehen, gilt das offenkundig für neu geschaffene Stellen nicht. Dafür ist das Geld sofort da.

Selbst das "Hamburger Abendblatt" spricht vom Staatsrätekarussell der Christdemokraten. Diese Personalrochaden irritieren in mehrfacher Hinsicht die Bürgerinnen und Bürger. Zum einen kommt der Verdacht auf, dass Personalentscheidungen der CDU von einer gewissen Versorgungsmentalität für verdiente Parteimitglieder geprägt sind.

(Michael Neumann SPD: Überhaupt nicht!)

Die Qualifikation der Einzelnen wird nicht einmal diskutiert. Insbesondere Staatsrat Carsten Lüdemann war als Staatsrat und als Justizminister sehr umstritten und um den geht es ja wohl hier. Interessanterweise hat der neue Justizminister, Dr. Till Steffen,

(Michael Neumann SPD: Frau Heyenn, Senator!)

seinem Vorgänger vorgeworfen, die Öffentlichkeit bewusst getäuscht zu haben im Zusammenhang mit der Veröffentlichung falscher Zahlen über die Verurteilung junger Straftäter. Das ist schon starker Tobak.

Ich erinnere an die Rede des Bürgerschaftspräsidenten Röder, der darauf hingewiesen hat, dass wir eine zu geringe Wahlbeteiligung in Hamburg haben und diese Rochaden, wo es nur um Personal geht, werden das Vertrauen in die Politik nicht stärken.

(Rolf Harlinghausen CDU: Wer wollte denn den Vizepräsidenten?)

Was auch noch auffällt, ist, dass es für die CDU, wenn sie Posten als Staatsräte vergeben will, ein ganz wichtiges Kriterium gibt, nämlich die Person, die Staatsrat werden will, muss ein Mann sein.

(Hans-Detlef Roock CDU: Woher wissen Sie das eigentlich?)

Das ist ein Affront gegen alle Bestrebungen für eine Gleichstellung von Frauen und Männern in Beruf und Gesellschaft. Bezeichnenderweise werden im CDU-Wahlprogramm für die Bürgerschaft Frauen ausschließlich im Zusammenhang mit Kindern, Familie und Förderprogrammen erwähnt. Die männliche Riege der CDU-Staatsräte toppt den geringen Anteil an Führungspositionen von Frauen in Wirtschaft und Wissenschaft in Hamburg ganz erheblich. Die frauenpolitische Sprecherin der CDU aus der letzten Legislaturperiode, Frau Marita Meyer-Kainer, hat für die CDU behauptet:

"Aufstiegshindernisse für Frauen sind [...] Vorurteile gegenüber Frauen in höheren Positionen, die sowohl von Männern als auch von Frauen ausgehen."

(Olaf Ohlsen CDU: Das ist doch totaler Blödsinn!)

Damit hat sie offenkundig Sie gemeint. Es ist für eine weltoffene Stadt wie Hamburg, worauf Sie immer gerne hinweisen, unerträglich, dass die größte Regierungspartei ausschließlich männliche Staatsräte beruft.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD – Wolfgang Beuß CDU: Nun warten Sie es doch mal ab!)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte den Dringlichen Senatsantrag aus der Drucksache 19/236 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war mehrheitlich.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
– Den sehe ich nicht.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit auch in zweiter Lesung mehrheitlich und somit endgültig beschlossen worden.

(Vizepräsident Wolfgang Joithe–von Krosigk)

Tagesordnungspunkt 24, Interfraktioneller Antrag:
Geschäftsordnung der Bürgerschaft.

Wir sind am Ende der Sitzung. Ich wünsche Ihnen
noch einen guten Heimweg und einen guten
Abend.

**[Interfraktioneller Antrag:
Geschäftsordnung der Bürgerschaft
– Drs 19/214 –]**

Ende: 19.08 Uhr

Wer möchte diesem Antrag folgen? – Gegenprobe.
– Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag einstimmig
angenommen.

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

Es waren in dieser Sitzung alle Abgeordneten anwesend.